

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: S. Cae, Verleger: A. Bringmann,
Weide in Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfeldstr. 28, I.

Anzeigen:
Für die dreigesaltene Beitzelle oder deren Raum 30 S,
für Versammlungsanzeigen 10 S pro Zeile.

Lohnbewegung.

Goldberg i. W. (Telegramm.) Sämtliche Zimmerer sind ausgesperrt.

Die Bilanz.

Wie jeder Geschäftsmann beim Jahreswechsel Aufrechnung hält, um die Vergangenheit zu überblicken, den gegenwärtigen Stand seines Geschäftes zu ermitteln und die Grundlage zu Plänen für die Zukunft zu gewinnen, so muß es auch die Arbeiterbewegung von Zeit zu Zeit machen. Auch hier darf man nicht Alles dem Zufall oder gar geschickten Leuten überlassen, die sich in den allemal gegebenen Verhältnissen schon zurechtfinden und Alles zum Besten kehren werden. Wenn die persönliche Umsicht, die persönlichen Fähigkeiten der gerade handelnden Leute auch von viel größerer Bedeutung sind, als nach unserer materialistischen Gesichtsauffassung gewöhnlich angenommen zu werden pflegt, so kann doch selbst der größte Scharfsinn nicht aus sich heraus das Richtige treffen, sondern er wird erst dann fruchtbar, wenn er die Umstände, ihr Werden und ihre voraussichtliche Entwicklung als die maßgebenden Faktoren in Betracht zieht. Darum können wir es bei der Aufstellung unserer Bilanz auch nicht jenen Instituten nachmachen, die auf die Beteilung noch Fernstehender angewiesen sind und die deshalb ihre Bilanz zu einer Reklame ersten Ranges aufzumöbeln bestrebt sind, das würde sich bitter rächen. Unsere Bilanz hat zunächst Bedeutung für die in der Bewegung handelnden Personen, und diese würden durch Schönfärberei nur irre geführt, was zu unabsehbarem Wirrwarr führen und die Bewegung schwer schädigen müßte. Die Arbeiterbewegung hat sich noch immer dann am stärksten erwiesen, wenn sie auf realer Basis operierte.

Wir befinden uns seit gut einem Jahre in einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges, und es ist daher sehr verlockend, Vergleiche anzustellen zwischen den Erfolgen unserer Bewegung in der eben durchlebten Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges mit früheren Perioden derselben Tendenz. Davon muß indeß Abstand genommen werden, weil eine solche Arbeit, wenn sie einigermaßen eingehend sein soll, eine ganz andere Mühe erfordert, als sie uns beschieden ist. Man stößt hier auf einen immer noch wunden Punkt der Gewerkschaftsbewegung. So viel Interesse solchen Arbeiten auch entgegen gebracht wird, wenn sie erst einmal gemacht sind, hat sich die Gewerkschaftsbewegung doch noch nicht aufzuschwingen vermocht, solche Arbeiten selbst anzuregen und die notwendigen, für den Einzelnen oft unerschwinglichen Mittel dazu herzugeben. Das ist bedauerlich, denn aus solchen Arbeiten erst würde sich eine sichere Basis für die Gewerkschaften und deren Wirken ergeben. Wir können mittlerweile nur flüchtig auf diesen Punkt verweisen, wie geschehen, eine eingehendere Behandlung desselben paßt nicht gut in diesen Rahmen.

Ein oberflächlicher Vergleich der eben durchlebten Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges mit früheren ergibt insofern ein recht bemerkenswertes Resultat, als der Fortschritt, den die Gewerkschaftsbewegung gemacht hat, unverkennbar ist. Unsere Mitgliederstatistik

aus der Zeit Mitte 1889 bis Mitte 1891, im Vergleich zu Mitte 1899 bis Mitte 1901, welche Zeiten als die Wechseljahre der Konjunktur gelten können, ergibt untenstehende Tabelle.

Neben der erfreulichen, ganz bedeutenden Ausbreitung unserer Organisation, zeigen diese Zahlen vor Allem, daß die Bewegung stabiler geworden ist, sie läuft nicht sogleich auseinander, wie wir das früher schmerzlich beobachten mußten. Hierin offenbart sich der Fortschritt, den die Bewegung seit zehn Jahren in intellektueller Hinsicht zu verzeichnen hat. Wir sehen darin die erfreuliche Tatsache, daß die Bewegung nicht mehr nur für gut genug erachtet wird, gelegentlich einmal eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, sondern daß die Meinung an Boden gewinnt, daß vermittelt der Bewegung in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges auch den Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirksam entgegen getreten werden muß und kann. Dieser ganz bedeutende Fortschritt kommt auch in anderen Beziehungen klar zum Ausdruck. In der besseren Periode der achtziger Jahre hatte die Bewegung fortgesetzt mit Darlehen arbeiten müssen und am Schluß derselben hatte sie noch eine Schuldenlast von M. 15 121,81 und dabei hatte die Finanzierung größerer Streiks noch immer große Schwierigkeiten gemacht. Die Finanzierung bzw. die „Einnahme“ des Hamburger Zimmererstreiks 1890 gestaltete sich zum Beispiel folgendermaßen:

	1899	1900
An wöchentlichen Unterstützungsbeiträgen der in Arbeit stehenden Mitglieder.....	M. 24136,65	21625,78
Von auswärtigen Zahlstellen.....	12200,00	16687,00
„ der Hauptkasse des Verbandes.....	16687,00	13580,00
„ Lokalkasse der Hamburger Zahlstelle.....	24900,00	7385,15
Geliehene Gelder.....	13580,00	3764,95
Von den Sammlungen des „Hamburger Echo“.....	24900,00	291,00
„ Vereinen und Privaten.....	7385,15	291,00
Auf Sammellisten in Hamburg eingegangen.....	3764,95	291,00
Kleinere Beträge.....	291,00	291,00
Summa.....	M. 124570,53	124570,53

Betrachten wir demgegenüber die Finanzierung der Zimmererstreiks in den letzten beiden Jahren, die abgeschlossen sind, so ergibt sich nachstehendes Bild:

	1899	1900
Aus der Hauptkasse des Verbandes.....	M. 65672,55	46560,84
„ örtlichen Fonds der Zimmerer.....	11462,50	7347,43
Von in Arbeit stehenden Zimmerern.....	6012,05	2886,05
Von den Gewerkschaftskartellen.....	2949,29	1103,64
Auf Listen gesammelt.....	2872,04	434,89
Sonstige Einnahmen.....	1446,03	132,00
Von anderen Berufen.....	712,04	120,00
Summa.....	M. 91081,50	58584,85

Während die von der Verbandshauptkasse zu dem Hamburger Streik 1890 gelieferte Geldsumme außerordentlich minimal ist und nur einen recht kleinen Bruchteil der Gesamtsumme ausmacht, bildet bei der jetzigen Finanzierung von Streiks die Verbandshauptkasse den Ausschlag gebenden Faktor. Und während 1890 die übrigen Einnahmen alle dazu dienen mußten, die unbedingt notwendigen Unterstützungssätze zahlen zu können, sind diese neuerdings von der Verbandshauptkasse allein aufgebracht worden, alle anderweitigen Geldsummen bilden Zuschüsse zu den statutenmäßigen Unterstützungssätzen oder Extraausgaben.

Nun ist bei den Streiks der letzten Jahre keiner so umfangreich gewesen, als der Hamburger Streik

1890 war; indessen zeigen die Kassenbestände des Verbandes an den jeweiligen Jahreschlüssen, daß selbst so umfangreiche Streiks ohne Noth von unserem Verbands allein hätten finanziert werden können:

	1899	1900
Bestände in den Zahlstellen am Jahresschluß.....	M. 26381,48	28983,13
Bestände in den örtl. Referendonskassen.....	45229,61	77356,30
In Zahlstellen verbliebene Hauptkassengelder.....	10437,41	8886,47
Bestand der Hauptkasse am Jahreschluß.....	112581,67	245862,27
Summa.....	M. 194630,17	361088,17

Während also die bessere Periode der achtziger Jahre mit einer recht fühlbaren Finanzklemme der Zimmererbewegung abschloß, steht diese bei dem Abschluß der neueren Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges wohlgerüstet da! Dieser Umstand hat auch eine Wandlung in der Haltung des Unternehmertums zu unserer Bewegung und zu den gehabten Erfolgen herbeigeführt, die unverkennbar ist. Während der Abschluß der besseren Periode der achtziger Jahre in einer scharfen Deke gegen unsere Organisation sich bemerkbar machte und Maßregelungen an der Tagesordnung waren, macht sich jetzt in Unternehmertreuen eine gewisse Toleranz bemerkbar. Bergegenwärtigen wir uns, daß nach Beendigung des Hamburger Streiks 1890 das Unternehmertum einen Arbeitsnachweis einrichtete, ohne dessen Vermittlung keine Einstellungen erfolgen durften. Die „Berücktigten“ wurden von der Arbeit überhaupt ausgesperrt, und wer sonst Arbeit haben wollte, mußte sein Verbandsbuch mit der Erklärung abliefern, aus dem Verbands auszutreten zu wollen. Und in Rostock wurde damals eine einjährige Aussperrung der organisierten Zimmerer konsequent durchgeführt. So könnten wir noch ein recht langes Register solcher und ähnlicher Merkmale aufzählen; indessen dürften schon diese beiden Beispiele genügen, die Erinnerung an jene Zeit wachzurufen. Demgegenüber berührt es sicherlich sehr erfreulich, daß jetzt selbst auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vorgeschlagene Maßregeln gegen die Arbeiterorganisationen bekämpft werden und Tarifgemeinschaften, die unsere Organisation als Vertrag schließenden Kontrahenten anerkennen, energische Verteidiger auch in Unternehmertreuen finden. Oder wenn, wie in Dresden, dem Orte des rigorosen Zuchthausurtheils, der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sich gegen die ihm von Dritten angetragene Reduzierung der Arbeitslöhne auflehnt und seine ablehnende Haltung, wie geschehen, öffentlich vertritt. In diesen Vergleichen äußert sich ein Fortschritt, der garnicht hoch genug ange schlagen werden kann.

Von diesen erfreulichen Resultaten dürfen wir uns freilich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß damit noch keineswegs jener Zustand erreicht ist, wo das Unternehmertum in seiner Gesamtheit oder auch nur in seiner maßgebenden Mehrheit unsere Organisation als ebenbürtigen Kontrahenten in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennt und wo die Existenz unserer Organisation auf alle Fälle unangetastet bleibt. Soweit sind wir selbstverständlich noch nicht, aber wir befinden uns auf dem graden Wege dahin. Alles wird davon abhängen, in welchem Maße unsere Kameraden allerwärts die erforderliche Energie in der Befestigung und Ausbreitung der Organisation entwickeln und selbst an der Organisation festhalten, wenn unmittelbare Erfolgs vor der Hand sich nicht erkämpfen lassen. Außerdem kommt es darauf an, daß wir unsere Organisation ausbauen und sie vervollkommen.

Ein Anlauf, unsere Organisation auf höhere Stufenleiter zu bringen, ist im verflorenen Jahre gemacht worden. Unser Verband hatte in seiner ganzen Breite Stellung zu nehmen zu der Frage, ob die Unterstützung

	Zahl der Zahlstellen		+ Su- bezw. - Ab- nahme in Prozenten	Mitgliederzahl		+ Su- bezw. - Ab- nahme in Prozenten	Zahl der Zahlstellen		+ Su- bezw. - Ab- nahme in Prozenten	Mitgliederzahl		+ Su- bezw. - Ab- nahme in Prozenten
	1889/90	1890/91		1889/90	1890/91		1889/1900	1900/1901		1889/1900	1900/1901	
3. Quartal.....	148	222	+ 50	12083	11827	- 2,1	445	480	+ 7,8	24203	26853	+ 10,9
4. ".....	172	218	+ 26,8	13070	10551	- 19,2	445	476	+ 6,9	23284	24149	+ 3,7
1. ".....	228	205	- 10	15941	9812	- 38,5	463	481	+ 3,8	23532	22293	- 5,2
2. ".....	229	178	- 22,2	13680	9590	- 30	480	477	- 0,6	26555	24673	- 7,1
Durchschnitt....	194	211	+ 8,7	13693	10445	- 23,8	453	478	+ 5,5	24393	24492	+ 0,4

der Arbeitslosen im Verbands eingeführt werden soll. Die Einführung derselben ist vor der Hand abgelehnt worden und das konnte die Befürworter derselben kaum überraschen. Noch bevor der definitive Antrag auf Einführung vorlag, wurde gesagt: „Es wird schwer halten, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, und schließlich kommt es auf die Geduld an, die bei der Uebung in dem Umgange mit derselben nothwendig ist; es fragt sich, ob diese im gehörigen Grade in unserer Organisation vorhanden ist.“ Große Schwierigkeiten hat eben noch jeder Fortschritt gemacht. Das darf mittlerweile den vorwärts strebenden Geist nicht dahin bringen, daß er etwa erlahmt, sondern im Gegentheil, er wird dadurch nur gewahrt, welche Hindernisse er bei der Erreichung seines Zieles noch zu überwinden hat.

Es würde viel zu weit führen, hier nochmals die ganze Frage der Arbeitslosenunterstützung aufzurollen; nur daran soll erinnert werden, daß ihre Einführung als die Lösung einer anderen, weit brennenderen Frage gedacht war. Die Erinnerung hieran gehört mit zu der Aufstellung einer gewissenhaften Bilanz. Es war im Jahre 1898, bis dahin war die Taktik befolgt worden, die Bewegung in dem Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zu halten, als sich eine Erweiterung dieser Taktik als dringend erwies. Die Leistungen der Verbandsmitglieder mußten gesteigert werden, um über eine Situation hinweg zu kommen, über welche die Bewegung in früheren Jahren gestolpert war. Wie den meisten anderen Zahlstellenvorständen wurden auch dem Zahlstellenvorstande in Berlin in einer Sitzung, in welcher der Verbandsauschuß zugegen war, die Vorschläge des Verbandsvorstandes unterbreitet. Diese erhielten die Zustimmung mit der Zusicherung der weitgehendsten Mithilfe, jedoch mit der Motivierung, daß die Durchführung dieser Vorschläge wohl über die damalige Situation hinweg helfen würden, daß damit aber noch keineswegs die Frage gelöst sei, welche Mittel zu ergreifen sind, um in Krisenzeiten die Organisation zusammen zu halten und die Lohn- und Arbeitsbedingungen vor Herabdrückung zu schützen. Das war die Anregung zur Durcharbeitung der Frage, ob die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands möglich ist und die Anregung zur Stellung eines dahin gehenden definitiven Antrages. Wenn nun auch nicht verkannt werden soll, daß die oben geschilderten Fortschritte bis zu einem gewissen Grade die Wahrscheinlichkeit nahe legen, daß die Fahnenflucht im Verbands und die Lohnrückereien in dem früherem Maße nicht wieder Platz greifen werden, so kann die bezeichnete Frage doch keineswegs als gelöst gelten. Nach der Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung ist sie vielmehr nach wie vor eine offene Frage, die in keiner Verbandszahlstelle ignoriert werden sollte und mit der sich die nächste Generalversammlung zu beschäftigen haben wird. Einzelnen dürfte übrigens, daß die Vervollkommnung der Organisation an der Lösung dieser Frage sich zu üben hat.

* * *

Die angebeuteten Fortschritte der deutschen Zimmererbewegung haben auch den Streit über die „beste Form der Organisation“ definitiv entschieden, der nach Abschluß der besseren Periode der achtziger Jahre die Bewegung auf unabsehbare Zeit lahm zu legen drohte. Man weiß heute allerwärts, daß die Erfolge der Bewegung einzig und allein davon abhängen, inwieweit sich die Berufsgenossen in ganz Deutschland in einer Organisation zusammenschließen lassen. Der Vollständigkeit halber müssen wir bemerken, daß neben unserem Verbands noch kleine Sonderorganisationen bestehen. Die uns von ihnen trennenden Merkmale bestehen mittlerweile nicht mehr in der Form der Organisationen, sondern in den beiderseitigen Zielen. Während unsere Organisation dem Gesamtinteresse der Berufsgenossen dient und bei ihrem Streben das Wohl Aller im Auge hat, dienen die Sonderorganisationen, soweit sie nicht auf konfessioneller Grundlage beruhen, den auf Eigennutz hinauslaufenden Gelüsten Einzelner. So viel Verschleierungskünste die Führer der „Vertrauensmännerzentralisation“, die uns immerfort anbellern wie Möpse, auch anwenden mögen, Thatsache ist, daß besonders sie mit ihrer „Organisation“ das letztere Ziel verfolgen. Und darin gleichen sich die Sonderorganisationen alle: sie stellen den Kampf gegen ihre eigenen Klassen- und Berufsgenossen in den Vordergrund ihrer Thätigkeit. Auf dem Oberkongress der genannten „Organisation“ wurde ausdrücklich empfohlen, den gegnerischen Arbeiterorganisationen — in diesem Falle also unserem Verbands — gehörig auf den Leib zu rücken und diese Gegner zu Gegenäußerungen zu reizen. Damit wäre, zumal wenn wir uns nach Belieben zu Gegenäußerungen reizen ließen, den Führern jener „Organisation“, aber nicht zuletzt auch den ausgesprochenen Arbeiterfeinden, ein großer Dienst erwiesen.

Uneinigkeit in der Arbeiterschaft, innere Kämpfe, auch wenn sie einen anderen Untergrund als den geschilderten haben, schädigen immer die Interessen der Arbeiter und stärken die Macht des Ausbeuterthums. Das zeigt uns besonders drastisch die Angelegenheit der Hamburger Affordmaurer. Diese hat nicht nur Bedeutung für die Hamburger Maurerbewegung, sondern sie greift weit darüber hinaus. Es verbirgt sich darin nicht nur ein Konflikt unter den Maurern, sondern auch ein solcher zwischen Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratischer Partei und ein großes Quantum Konfliktstoff zwischen der Hamburger Maurer- und Zimmererbewegung. Das wird nachfolgende Darstellung klar machen.

Die Arbeitskarte für das Maurer- und Zimmergewerbe in Hamburg von 1900 schreibt bekanntlich vor: „Alle Arbeiten werden in Stundenlohn, nicht in Afford ausgeführt.“ Die Durchführung dieser Bestimmung ist bei den Maurern nicht nur auf Antipathie gestoßen, sondern sie hat zur offenen Auflehnung gegen den Maurerverband und zur Gründung einer Sonderorganisation geführt.

Zwischen den beiden Organisationen, der Hamburger Zahlstelle des Maurerverbandes und der Organisation der Affordmaurer, ist daher ein Krieg entbrannt, der das ganze Jahr hindurch getobt hat, zu Gunsten der Verbandszahlstelle aber deshalb nicht entschieden werden konnte, weil die Affordmaurer, wie es gewöhnlich bei Streikbrechern zu sein pflegt, Rückenhalt an dem Unternehmertum hatten und noch haben.

Besonders unliebsam und ärgerlich ist diese Thatsache deshalb, weil die Affordmaurer zum größten Theil aus Angehörigen der sozialdemokratischen Partei sich zusammensetzen und die Leiter dieser Sonderorganisation Aemter und Posten in der Partei bekleiden. Dieser blamable Zustand, der einer heillosen Korruption in der modernen Arbeiterbewegung verflucht ähnlich sieht, veranlaßte gewerkschaftlich organisierte Parteigenossen, in den Parteiverbänden den Antrag auf Ausschluß der Affordmaurer zu stellen. Die Hamburger Parteigenossen traten dem Antrage auch bei. Ueber den Ausschluß hatte jedoch noch eine andere Parteinstanz zu befinden, bei deren Eingreifen die Angelegenheit eine sehr viel weitere Bedeutung bekam. Es lag die Gefahr nahe, daß, wenn zu Gunsten der Antragsteller entschieden werden würde, eine Richtschnur für das Verhalten aller Parteiangehörigen zu den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen als zwingend gegeben worden wäre. Eine solche zwingende Richtschnur wünschen aber sehr viele Leute in leitenden Stellungen der Partei nicht, und daher kam die entscheidende Parteinstanz zu einer Ablehnung des Antrages, die der allgemeinen Bedeutung natürlich auch nicht entbehrte. Diese Entscheidung konnte nur dadurch den Schein von Unwillkürlichkeit gewinnen, indem die entscheidende Parteinstanz sich der gewiß nicht angenehmen Arbeit unterzog, den Mohnen weiß zu waschen, bezw. die elende Haltung der Hamburger Affordmaurer, als gegen die sozialdemokratischen Parteiprinzipien nicht verstoßend, darzustellen.

Es würde zu weit führen, hier zu beschreiben, zu welchen ungeheuerlichen Konsequenzen für die gesammte Arbeiterbewegung diese Stellungnahme führen mußte, wenn sie entscheidende Bedeutung erlangt hätte. Die ausgedehnte Erörterung in der Arbeiterpresse, welche diese Entscheidung fand, deckte die Gefahren jedoch mit dankenswerthem Eifer auf, und da der Parteitag nochmals Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen hatte, wurden dem Ungeheuer mindestens die gefährlichsten Zähne ausgezogen. Ein Hamburger Delegirter sagte darüber in seiner Berichterstattung: Der Parteitag hat den Schiedspruch zwar nicht bestimmt aufgehoben, aber auch nicht bestätigt, aus den Vorgängen auf dem Parteitage ergab sich vielmehr, daß der Schiedspruch nicht anerkannt wurde. Man habe sich gewissermaßen gesagt: „Wir wollen mit Euch Schiedsrichtern nicht in's Gericht gehen.“ So allbekannte Parteigenossen, wie den Kontrolleuren und den Vertretern des Parteivorstandes, wollte man keinen Vorwurf machen. Der Parteitag stimmte dann noch einem Antrage zu, der trotz seiner großen Zähmheit und Dehnbarkeit den Parteifunktionären die Mittel an die Hand giebt, die systematische Schädigung der Gewerkschaftsbewegung durch Angehörige der Partei zu unterbinden. Dieser Antrag lautet:

„Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektirung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.“

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbindelei zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vorentwickelte Lebens-

prinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, wie sie in diesem Verhalten verharren.“

Nach Annahme dieses Antrages konnte man wohl der Meinung sein, daß der Konflikt zwischen Gewerkschaftsbewegung und Partei, welcher bei der Affordmaurer-Angelegenheit unverkennbar hervortrat, beigelegt und für die Zukunft vermieden werden würde. Diese Meinung erweist sich jedoch als irrig, einflussreiche Stimmen innerhalb der Partei treten dafür ein, daß dieser Beschluß nur die Bedeutung eines toten Buchstabens haben soll.

Wir müssen diesen Theil der Angelegenheit jedoch verlassen, weil er nach Darlegung einiger anderer Sachen verständlicher wird. Betrachten wir zunächst die Affordarbeit bei den Hamburger Maurern.

Die Affordarbeit wird zu fruchtbarster Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischer Prellerei. Die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital verwirklicht sich hier vermittelt der Ausbeutung der Arbeiter durch den Arbeiter. Der große Spielraum, den die Affordarbeit der Individualität bietet, strebt dahin, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander und gegeneinander zu entwickeln. Das sagt schon Karl Marx in seinem ersten Bande des „Kapital“, und seitdem hat sich an diesen Thatsachen nichts geändert. Es gab eine Zeit, wo auch unter den Unternehmern des Baugewerbes eine flotte Agitation für die Einführung der Affordarbeit im Gange war. Zur Empfehlung derselben schilderte man die Wirkung der Affordarbeit folgendermaßen:

„In England werden die Bauarbeiten mit verschwindend wenig Ausnahmen in Afford ausgeführt. Ein technisch gebildeter Bauereiferer übernimmt das Bauwerk. Dieser Bauübernehmer überträgt die einzelnen Theile und vorkommenden Arbeiten gleichfalls wieder einzelnen Unternehmern, die sich wiederum mit anderen zum Arbeiten auf gemeinsame Rechnung verbunden haben. Da diese Kolonnen auf gemeinsame Rechnung arbeiten, hat jeder von ihnen das Interesse, von dem anderen der feinsten gleichgute Leistung zu verlangen, was in weiterer Folge dahin führt, daß sich nur gleich fördernde Kräfte zusammen finden und zusammen halten. Stellt sich in einer Kolonne Abgang durch Tod oder andere Ursache ein, so wird durch Wahl, bei der Mehrheitsbeschluß entscheidet, der Ausfall ergänzt. Es haben deshalb auch die Kolonnenmitglieder das Interesse, unter Hinterrückung jeder persönlichen Rücksicht, ausschließlich nur höchst bewährten Kräften Zutritt zu verschaffen. Wie sehr das materielle Interesse — man kann vielleicht schon sagen die Selbstsucht — vorherrscht, geht daraus hervor, daß bei eingetretener Abnahme der Leistungsfähigkeit des Einen von ihnen unerbittlich und ohne Rücksicht auf die Hülflosigkeit seiner Lage, sein Ausschluß aus der Kolonne zu erfolgen pflegt, ja daß nicht selten sogar die eigenen in der Kolonne beschäftigten Kinder und sonstigen Verwandten des Betroffenen seine Entfernung aus der Kolonne betreiben. Zur Ergänzung beschäftigen sich die Kolonnen auch mit der Anlernung jüngerer Personen, welche während dieser Lehrzeit eine von der Kolonne festgestellte Quote des Gewinnes zum Lebensunterhalt bekommen, deren Erhöhung mit Zunahme der Leistungsfähigkeit eintritt. Es haben deshalb die Lehrlinge das naheliegende Interesse, alle ihre Kräfte anzustrengen, um möglichst bald zum vollen Antheil zu gelangen. Umgekehrt gebietet das naheliegende Interesse der Uebrigen, möglichst spät erst den vollen Antheil abzugeben. Man sieht daher auf den englischen Bauten eine Emsigkeit im Arbeiten, die wahrhaft nachahmenswerth ist. Der Lässiger wird von den Mitarbeitern zur Arbeit getrieben, ihre Unzufriedenheit hat seinen Ausschluß aus der Kolonne zur Folge. Deshalb und weil dem Ausschlossenen aus einer Kolonne schwer der Eintritt in eine andere gelingt, ist die Erhaltung der Zufriedenheit bei seinen Mitarbeitern eine zwingende Nothwendigkeit für den Einzelnen, ihre Unzufriedenheit gewissermaßen gleichbedeutend mit zeitweiser Arbeitslosigkeit und daraus resultirenden materiellen Verlusten.“

Welchem Unternehmer sollte bei dem Durchlesen solcher Zeilen der Mund wohl nicht wässrig werden nach dem Mehrerdiens? Unter Anderem führten auch die Hamburger Unternehmer des Maurergewerbes die Affordarbeit ein; ausgangs der siebziger und die achtziger Jahre hindurch bildete sie hier die Regel. Mit der Zeit bekam sie für das Unternehmertum jedoch eine andere Bedeutung als sich nach dem vorstehenden Beispiel ergibt. Die immense Steigerung der Arbeitsleistung durch die Affordkolonnen kam keineswegs so ohne Weiteres den Unternehmern zu Gute. In Zeiten flotter Bauhätigkeit, wie solche in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Hamburg herrschte, gelang es den sonst ganz richtig beschriebenen Affordkolonnen vielmehr, den durch die gesteigerte Arbeitsleistung erzielten Geldvortheil für sich zu behaupten. Ein Wortführer des Hamburger Unternehmertums, Petersen, klagt mit bewegten Worten in seiner „Entlarvung des höheren Bauwindelsystems“ darüber und schreibt: „Der Afford erhöht den Arbeitslohn manchmal um das Doppelte und mehr, so daß Tagelöhne von 10 bis 20 M. nichts Außergewöhnliches sind.“ Das mag wie eine gewaltige Uebertreibung klingen, in Wahrheit hat sich die Sache nicht viel anders verhalten, Wochenverdienste von 50 bis 80 M. haben nach allen Auskunftspersonen in jener Zeit die Regel gebildet.

Dieser Umstand regte bei dem Unternehmertum das Bestreben an, die Affordarbeit zu beseitigen. Schon 1888, gelegentlich einer Lohnbewegung, trat diese Absicht lärmend auf. Die Innungsmeister hatten eine Kommission eingesezt zur Berathung der erforderlichen Schritte zur Abwehr der „abnormen Forderungen“ seitens der Arbeitnehmer. Sie erstattete am 9. August 1888 Bericht und klagte darin bitter über das alle Ordnung sprengende Affordsystem, das sich zu ungeahnter Ausdehnung ausgewachsen habe, so daß gerade in dem Afford der erste mächtige Hebel der Arbeitnehmer zu sehen ist, um Alles, Alles vom Arbeitgeber bewilligt zu erhalten. „Um nur Einiges anzuführen, wird die Arbeit in Afford qualitativ nicht geachtet, sondern nur auf großes Quantum hingearbeitet. Der Arbeiter, selbst derjenige, welcher gerne lernen will, muß zur möglichst viel arbeitenden Maschine werden, soll er nach heutigen Ansichten mit seinen Kollegen in Reih und Glied stehen können; hierzu gehört ferner die ohne Zustimmung des Arbeitgebers zur Usance gewordene Selbstergänzung resp. die Ausstokung der Arbeiter gegenüber dem Verlangen der Gleichberechtigung bei Tagelohnarbeit zc. Jedweder feste Lohn, Arbeits- oder Herstellungswert ist bei der Affordarbeit illusorisch, und kam die Kommission, um diesen unhaltbaren Zustand aufzuheben und wieder feste Löhne in Hamburg herzustellen, sowie den Uebertheuerungen und dem maßlosen Benehmen der Arbeitnehmer ein unbedingtes Halt entgegenzustellen, zu folgendem Beschluß, welcher als Paragraph in das Innungsstatut aufzunehmen wäre: Jedes Innungsmitglied verpflichtet sich, keine Affordarbeit zu bewilligen.“

Vor der Hand waren infolge der außerordentlich flotten Bauthätigkeit die Affordkolonnen freilich noch viel zu mächtig, als daß sie von den Unternehmern hätten unterdrückt werden können. Die damals gestellten Forderungen mußten schließlich anstandslos bewilligt werden. Erst 1890 drehte sich das Blättchen. Nachdem der große Streik der Maurer und Zimmerer niedergedrungen worden war, beseitigten die Unternehmer auch die Affordarbeit.

Diese Handlungsweise erwies sich in der Folge als das größte Hinderniß, die Hamburger Maurer in ihrer Gesamtheit von der Affordarbeit abzubringen. Nun folgten Jahre des wirtschaftlichen Niederganges. Groß war die Macht des Unternehmertums geworden. Die Unternehmer hatten die Leistungsfähigkeit der Maurer bei dem Affordsystem genau kennen gelernt und verlangten nun auch das gleiche Quantum Arbeit in Stundenlohn. Die einstmaligen Affordarbeiter lernten daher das Stundenlohnsystem um so mehr hassen, weil es in dieser Form nur eine ganz unverfälschte Lohnreduzierung bedeutete. Bei der nun eintretenden öfteren Arbeitslosigkeit kam die Erinnerung an die goldenen Zeiten des Affordsystems noch insofern immer öfter zur Geltung, weil damals ein etwa gehabter Lohnausfall bei einigen Wochen Arbeit wieder ausgeglichen werden konnte. Jetzt war das in Monate langer, harter Fron nicht mehr möglich. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, hätte sich das Affordsystem der Hamburger Maurer aus den achtziger Jahren unbehindert fortentwickeln können, die recht hartnäckige Krisis in den neunziger Jahren würde es auch dem rabiatesten Affordarbeiter verleidet haben. Die geschilderten Eingriffe aber hielten die Erinnerung an die goldenen Zeiten frisch und stachelten mächtig das Verlangen, bei der nächsten günstigen Gelegenheit dem Unternehmertum das Affordsystem wieder aufzuzwingen. Groß war daher die Enttäuschung, als die neue Lohnkarte von 1900 diesen im Geheimen lange genährten Hoffnung einen tiefen Strich durch die Rechnung machte. Zu allem Ueberfluß war die Affordarbeit für das Unternehmertum nun auch wieder rentabel geworden. Die Affordpreise sind 20 bis 25 pZt. zurückgegangen und alle Bedingungen, die bei der Uebernahme von Affordarbeit eingegangen werden, sind neuerdings weit günstiger für das Unternehmertum als früher. Das führte dahin, daß trotz des Verbotes der Affordarbeit selbst bei Innungsmeistern der Afford in den verschiedensten Formen wieder um sich griff.

Die Hamburger Zahlstelle des Maurerverbandes als solche hat wacker gegen das Umsichgreifen der Affordarbeit angekämpft, das muß anerkannt werden. Wenn ihr energischer Kampf bisher keinen anderen Erfolg als den geschilderten zeitigte, so liegt das, wie wir gesehen haben, keineswegs in der Uebermacht des Unternehmertums oder Kapitals, wie der landläufige Ausdruck für erfolglose Aktionen der Gewerkschaftsbewegung lautet, sondern ganz wo anders. Wir müssen mittlerweile erst noch die Haltung der Hamburger Zimmererbewegung zu dem Maurerafford darstellen, bevor an den Sachverhalt Betrachtungen geknüpft werden können.

„Durch die Affordarbeit wird das Bestreben für die Erringung des Achtstundentages und einen aus-

kömmlichen Stunden- oder Tagelohn arg gehemmt.“ Diesen Ausdruck thut das Hamburger Gewerkschaftskartell in seiner Broschüre zu der Affordmaurer-Angelegenheit, und er wird von Niemandem besser bestätigt werden können, als von den Hamburger Zimmerern. Sie wissen es Alle: Das Umsichgreifen des Affordsystems bei den Maurern „erzeugte Korruption in den Arbeiterkreisen und bedeutete zugleich Untergrabung der Solidarität und Gefährdung der Organisation“. In demselben Maße, wie in den achtziger Jahren die Maurer-Affordkolonnen Macht gewannen, rückte ein einheitliches Handeln der Maurer und Zimmerer in weitere Ferne. Nicht mit Unrecht wird behauptet, daß es lediglich dem Maureraffordsystem zu danken ist, daß im Hamburger Baugewerbe nicht schon in den Jahren 1888—89 der neunstündige Arbeitstag und ein entsprechender Stundenlohn eingeführt worden ist. Die Bauthätigkeit in jenen Jahren ist einer solchen Aktion günstiger gewesen als jemals vordem und nachher. Genug, das Maurer-Affordsystem wurde den Zimmerern bald dermaßen verhaßt, daß nach dem 1890er Streik, wo es von dem siegreichen Unternehmertum unterdrückt worden war, der Kassirer der Zimmererzahlstelle, C. Schnack, schreiben konnte:

„Es muß doch anerkannt werden, daß durch Beseitigung des Affordsystems seitens der Unternehmer ein unverkennbarer Vortheil für uns Zimmerer erungen worden ist. Von diesem Druke, der durch das unerklärliche Vorgehen seitens der Maurer auf uns lastete, wissen die meisten von uns recht schöne Lieder zu singen.“

Auch die Maurerarbeitenlente litten viel unter Maurerafford, so daß die Hamburger Delegirten derselben auf ihrem ersten Kongreß 1889 ausführten, ihre Organisation sei nicht in letzter Linie dazu gegründet, den Maurer-Affordkolonnen entgegen zu treten. Unter der Hand wurde die Parole ausgegeben, etwaigen Versuchen der Maurer, das verhaßte Affordsystem wieder einzuführen, eventuell mit dem Streik entgegen zu treten. Zehn Jahre lang ist in diesem Sinne agitirt worden. Als dann die neue Lohnkarte von 1900 das ausdrückliche Verbot der Affordarbeit enthielt, da wurde das in den Reihen der Hamburger Zimmerer als ein nicht geringer Triumph empfunden.

Als dann kurz darauf bekannt wurde, daß von einem gewissen Theil der Maurer heimlich Affordverträge abgeschlossen wurden, sprach auf Vorschlag des Zahlstellenvorstandes am 12. Juli 1900 eine Zimmererverammlung die Erwartung aus, daß der Zahlstellenvorstand der Maurer seine etwa in Afford arbeitenden Mitglieder aus der Organisation ausschließen möchte. Am 9. August konnte der Vorsitzende der Zimmererzahlstelle, C. Schnack, mittheilen, daß er sich mit dem Zahlstellenvorstand der Maurer über gemeinsame Maßregeln zur gänzlichen Ausrottung der Affordarbeit verständigt habe. Dem Vorstande wurde in dieser Versammlung zur Durchführung jener Maßnahmen das Recht eingeräumt, über solche Bauten, wo die Maurer in Afford arbeiten oder wo sie zu deren Abstellung die Arbeit niederlegen, die Sperre zu verhängen. Und am 21. Februar 1901 wurde dieser Beschluß noch dahin verschärft, daß Mitglieder, die sich einer etwaigen Anordnung der Sperre durch den Vorstand nicht fügen, aus der Organisation ausgeschlossen werden sollten. Weiterhin, im Mai, wurde in einem von Rober und Schnack im Auftrage der Zahlstellenvorstände der Maurer und Zimmerer herausgegebenen Flugblatte nochmals zum gemeinsamen Kampfe gegen die Affordarbeiter aufgefordert. Es heißt in dem Flugblatte:

„Die Affordmaurer geben sich alle erdenkliche Mühe, die gut fundirten Organisationen der Maurer und Zimmerer zu untergraben. Darum, Kameraden, mehr als zuvor haben wir heute Ursache, zusammen zu stehen. . . . ob wir gegen boornierte Affordjäger oder sonstige prämiirte Streifbretter kämpfen. Auf, Berufsgenossen, Maurer und Zimmerer Hamburgs, schließt die Phalanx. Kämpft Schulter an Schulter gegen die Verräther der Arbeitersache. Wer nicht für uns ist, ist wider uns.“

Es haben dann auch eine Anzahl Sperrandrohungen und Sperren gegen die Affordmaurer statigefunden und von den Zimmerern Hamburgs ist nichts veräußt worden, diese Kampfmittel erfolgreich zu gestalten. Auffallen mußte deshalb um so mehr, daß auf dem Lübecker Parteitag ein Brief des Zahlstellenvorsitzenden der Zimmerer, C. Schnack, auftauchte, der den Schein erweckte und zweifellos auch erwecken sollte, als hätten die Zimmerer gewissermaßen in einem guten Einvernehmen mit den Affordmauern gestanden. *) Der

*) Der Brief, abgedruckt im Protokoll des Parteitages, wirft an sich schon ein merkwürdiges Licht auf den Schreiber desselben, der, wie auch vorstehende Darstellung zeigt, dem schärfsten Kampfe gegen die Affordarbeiter immer das Wort geredet hat. Aber noch viel merkwürdiger erscheint der Brief, wenn man bedenkt, daß am 22. August 1901 unsere Zahlstelle, unter Vorsitz des Briefschreibers, gegen den die Affordmaurer entlastenden Schiedspruch Stellung genommen, die Annulirung desselben durch den Parteitag verlangt und Schnack trotz alledem am 8. September seinen Brief geschrieben hat. Anstatt als Vorsitzender die Beschlüsse seiner

Brief gab mittlerweile den Zimmerern Hamburgs Gelegenheit, nochmals den schärfsten Protest gegen das Treiben der Affordmaurer einzulegen, indem sie dem Briefschreiber den redlich verdienten Abschied als Vorsitzenden der Verbandszahlstelle ertheilten.

Unter den gegebenen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, wenn sich der Maurerafford in Hamburg noch lange erhält und wie ein Knüttel zwischen den Beinen die Fortschritte der Hamburger Maurer- und Zimmererorganisationen beeinträchtigt. Das Hamburger Bauunternehmertum — die Innungsmeister natürlich einbegriffen — ist, wie wir gesehen haben, ein recht unsicherer Gegner der Affordarbeit. Seine Haltung wird niemals davon abhängig sein, was über die Affordarbeit in der Lohnkarte steht, sondern davon, ob das Affordsystem oder das Lohnsystem seinen unmittelbaren Selbstinteressen dienlicher ist. Wenn sich nur Affordmaurer finden, dann wird das Affordsystem zeitweilig auch wieder zur Blüthe gebracht werden. Und Affordmaurer finden sich noch auf unabsehbare Zeit, wie die neuesten Vorkommnisse in Hamburg darthun.

Der sozialdemokratische Parteitag hat den Hamburger Parteigenossen die Befugniß ertheilt, über den Ausschluß der Affordmaurer aus der Partei selbstständig zu entscheiden. Bevor zu dem Ausschluß geschritten ward, versuchte man zunächst eine Einigung der beiden Maurerorganisationen herbei zu führen. Eine von den Parteigenossen Hamburgs konstituirte Kommission wurde mit der Aufgabe betraut. Dieselbe legte den Affordmaurern nachstehende Frage vor:

Sind die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ gewillt, unter der Voraussetzung, daß die abgeschlossenen Verträge gegenseitig innegehalten werden, daß also einerseits das Abkommen des Zentralverbandes mit der „Bauhütte“ bis zum Ablauf bestehen bleibt, andererseits die seitens Mitglieder der „Freien Vereinigung“ abgeschlossenen Afforde vollendet werden, dem Zentralverbande beizutreten?“

Die Affordmaurer („Freie Vereinigung“) lehnten die Zustimmung ab. Die Einigungskommission sagt in ihrem Bericht über die Angelegenheit:

„Es muß leider konstatiert werden, daß alle Einigungsversuche an dem Widerstand der Sonderorganisation der Affordmaurer gescheitert sind. Während die Vertreter des Zentralverbandes der Maurer trotz des disziplinwidrigen Verhaltens der Affordmaurer denselben zwecks Rückkehr zur Organisation das größte Entgegenkommen bewiesen, ohne Weiteres die von den Affordmaurern abgeschlossenen Verträge bis zum Ablauf derselben anzuerkennen sich bereit erklärten, und das entscheidende Gewicht darauf legten, daß sich die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ verpflichten sollten, bei dem im Frühjahr nächsten Jahres abzuschließenden neuen Tarif mit der „Bauhütte“ sich der Entscheidung der Mehrheit ihrer Berufscollegen zu unterordnen, verlangte die „Freie Vereinigung“, daß die Mehrheit der Maurer Hamburgs sich ihrem Willen beugen und von vornherein zustehen sollte, daß in den neuen Tarif ein Verbot der Affordarbeit nicht aufgenommen werden dürfte.“

Enthielt diese Forderung schon von vornherein das Eingeständniß der Schwäche ihrer Position, die Ueberzeugung, daß mit sachlichen Gründen sich der von ihnen eingenommene Standpunkt der Affordarbeit nicht vertreten lasse, so mußte die Kommission ein solches Anfinnen um so energischer zurückweisen, als dasselbe in direktem Widerspruch mit allen in der Arbeiterbewegung bisher geltenden Grundsätzen steht. Wenn eine kleine Minderheit die Mühseligkeit besitzt, zu fordern, daß die Mehrheit sich ihrem Sonderstandpunkt unterzuordnen habe, so hört damit jede Disziplin, die Vorbedingung eines Erfolges im wirtschaftlichen Kampfe überhaupt auf.

Die Kommission ist des Weiteren der Anschauung, daß, wer — wie dies die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ thun — sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, den Beschlüssen der Mehrheit der organisirten Genossen konsequent und fortgesetzt entgegen zu handeln, damit das Recht verwirkt hat, auf den Ehrentitel eines Sozialdemokraten Anspruch zu erheben, vielmehr dadurch dokumentirt, daß er das WC des Sozialismus noch nicht begriffen hat.

Die Kommission muß zu ihrem Bedauern konstatiren, daß sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Beweggrund der Affordmaurer zu ihrem die gesammte Arbeiterbewegung schädigenden Treiben nichts Anderes als persönlicher Egoismus ist, und muß deshalb um so schärfer deren — jedes edlen Motivs entbehrenden — Handlungsweise verurtheilen.

Unter diesen Umständen konnte die Kommission zu keinem anderen Resultat gelangen, als den Parteivorständen in Hamburg zu empfehlen, jetzt den Ausschluß derjenigen Mitglieder der „Freien Vereinigung“ aus den Parteiorganisationen zu vollziehen, welche nicht bei dem Schriftführer der Kommission die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie, im Gegensatz zu dem gefaßten Beschluß der „Freien Vereinigung“, gelassen sind, sich dem Zentralverband der Maurer wieder anzuschließen und sich den Beschlüssen desselben zu fügen.“

Halten wir an der nun offenkundigen Thatsache fest, daß für die nächste Zukunft in Hamburg zwei Maurerorganisationen bestehen, die zu gemeinsamen Aktionen gegen das Unternehmertum nicht kommen

Zahlstelle zu verteidigen, oder seinen Posten niederzuliegen, macht er durch unlaute Handlungsweise die beabsichtigte Wirkung der Beschlüsse unmöglich. Leute, wie der Briefschreiber, von dem wir solche Streiche nicht zum ersten Male erleben, bilden auch Krebsgeschäden in der Arbeiterbewegung, ihre frappante Doppelzüngigkeit führt zu bodenloser Korruption, zur Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens, ohne das sich keine Bewegung gesund erhalten kann.

werden. Besondere Aktionen haben aber wenig Aussicht auf Erfolg. Von einer Erhöhung der Akkordpreise kann unter diesen Umständen gar keine Rede sein. Aber auch die Erhöhung des Stundenlohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit, wenn darum gekämpft werden muß, ist unter diesen Umständen schwierig und ganz aussichtslos, wenn die Akkordmaurer unter dem Deckmantel des Akkords Streikbrecher werden. Die Hamburger Zimmererbewegung ist aber dermaßen an gemeinsame Aktionen mit den Maurern gewöhnt, daß ein selbstständiges Vorgehen noch gute Weile hat, so daß auch die Lage der Zimmerer vor der Hand stark in Mitleidenschaft kommt. Zudem hat das Hamburger Unternehmertum bekanntlich auch die Firma Kessler, Fischer & Co. in Berlin erworben, damit sie die Marodeure unter den Hamburger Zimmerern zu einer Hilfsarmee für das Unternehmertum sammelt. Wir sind nun zwar nicht der pessimistischen Meinung, daß die Hamburger Zimmerer- und Maurerbewegung dadurch dauernd unfruchtbar geworden wäre; man wird im Gegentheil auch aus dieser Situation einen glücklichen Ausweg finden. Aber vor der Hand triumphiert doch das Unternehmertum, und zwar nicht infolge seiner Macht, sondern infolge der Uneinigkeit der Arbeiter.

Diesen Umstand muß man gehörig würdigen, wenn man ein Urtheil gewinnen will über die Haltung jener sozialdemokratischen Parteiorgane, welche zunächst die Akkordmaurer in Schutz nahmen, und die nun auch ihre Stimmen erheben gegen die Durchführung des Parteitagbeschlusses betreffs der Sonderbündelei in der Gewerkschaftsbewegung. Ihre Haltung ist überhaupt nicht zu rechtfertigen. Es wird zwar immer angeführt, daß die Sonderbündelei nicht aufgehoben werden würde, wenn man die zur Partei gehörigen Sonderbündler aus derselben ausschließt. Dabei wird indeß übersehen, daß gerade die Duldung der gewerkschaftlichen Sonderbündler innerhalb der Partei denselben gewissermaßen einen Freibrief und damit eine recht wirksame Rückenstärke in ihrem frechen Auftreten verschafft. Sobald die Sonderbündler auch von Parteiwegen als Schädlinge der Arbeiterinteressen und als Hilfsarmee der Ausbeuter gelten, was sie mit Fug und Recht sind, dann ist ihre Position zweifellos eine andere als gegenwärtig. Die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen haben aber um so mehr ein Recht darauf, den Ausschluß der Hilfsgruppen des Ausbeuterthums aus der Partei zu verlangen, als der Parteivorstand selbst sagt:

„Die Absonderung kleiner Gruppen, die Aufrechterhaltung kleiner, widerstandsunfähiger Lokalorganisationen sind Krebsgeschäden in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die, je eher je lieber, aus der Welt geschafft werden sollten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat in ihren Beschlüssen und auf ihren Kongressen sich stets für die Organisation in großen zentralisierten Verbänden ausgesprochen. Heute, wo das Koalitionsverbot für politische Vereine gefallen ist, liegt für lokale Sonderorganisationen kein verständig Grund mehr vor. Besondere Verhältnisse lassen sich auch in den Zentralorganisationen durch Kartellverträge regeln und berücksichtigen. Fort mit der Sonderbündelei.“

Schauen wir beim Jahreswechsel also zurück, dann sehen wir die mit steigenden Erfolgen gelohnte Bewegung. Blicken wir in die Zukunft, dann ergibt sich die Nothwendigkeit einer lebendigen Bewegung, um das Ziel der Gewerkschaften zu erreichen. Aber der Bestand der Bewegung berechtigt uns auch zu der schönsten Hoffnung, daß unsere Gewerkschaft ihr hochgestelltes Ziel erreichen kann. Halte nur Jeder fest an der Organisation und trage nach Kräften zu ihrer vervollständigung bei, dann kann die Beförderung niemals die Oberhand gewinnen.

Falsche Bilanz.

Mh. Berlin, 30. Dezember 1901.

Vor reichlich Jahresfrist war es, als der fromme Wanddirektor Sanden verhaftet wurde. Er hatte den Schwindel allzutoll getrieben, so daß selbst die sehr hohe Protektion, deren er sich erfreute, ihn nicht mehr retten konnte. Seine Millionendiebstähle hatte er zu verdecken gewußt durch Aufstellung falscher Bilanzen, also durch unrichtige Rechnungsabschlüsse. Gar mancher märkische Bauer wird dieses Jahr trübe Weihnacht gehabt haben, weil er den Stoß noch nicht verwinden konnte, den ihm der Zusammenbruch der Sanden-Banken und ihres bibelstesten Direktors versetzt hat. Mehr als ein noch so hoher Getreidezoll diesen vertrauensseligen Kuhbauern jemals schenken könnte, hat ihnen der Hofbankier der Kaiserin „weggebetet“.

Sanden hat in dem zu Ende gegangenen Jahre zahlreiche Nachfolger gefunden. Ein Krach folgte dem anderen. In Kassel brach die Trebertrocknungsgesellschaft zusammen; in Leipzig, in Dresden, in Berlin, in Süddeutschland, im Nordwesten — überall krachte es, und überall hatten die stattlichen Herren durch falsche Bilanzen es verstanden, ihre Betrügereien lange Zeit zu verdecken. Und trotzdem: Wie klein und unbedeutend erscheinen im Licht der Geschichte alle diese

Bilanzfälschungen, obwohl es sich bei ihnen um Duzende von Millionen gehandelt hat, gegenüber der Bilanzfälschung, die von der bürgerlichen Presse in diesen Tagen vorgenommen wird! Das im Sterben begriffene Jahr war das erste des neuen Jahrhunderts. Bei Aufstellung einer ehrlichen Bilanz müßte das Schlußergebnis über die Ereignisse, die es zeitigt hat, auf Peite lauten; denn die Passiven überwiegen weit die Aktiven; die Schulden und Oblasten sind ungleich größer als das Vermögen. Gleichwohl rechnet die bürgerliche Presse mit Hilfe einer falschen Bilanz noch einen leidlichen Gewinn an Kulturerrungenschaften aus, und die meisten dieser Organe würden sogar „voll befriedigt vom Geschäftsertrag“ sein, wenn der Wuchertarif bereits unter Dach und Fach hätte gebracht werden können.

Daß Hunderttausende braver Arbeiter auf dem Pflaster liegen, kümmert diese Presse wenig. Warum sind sie bloß Arbeiter geblieben und nicht Kommerzienräthe geworden; geschieht ihnen schon recht. Zwar ist auch für viele Geldleute der Reingewinn im vergehenden Jahre etwas geringer gewesen, dafür waren jedoch die Gewinne in den vorausgegangenen fetten Jahren umso massiger, und die damals auf die hohe Kante gelegten Reserven reichen mehr als bequem aus, sich über die mageren Jahre hinwegzuhelfen. Mit wohlillem Behagen wird im Stillen schon ausgetüftelt, durch welche Maßnahmen die zu erhoffende nächste Prosperitätsperiode für den Geldschrank noch ertragsreicher gestaltet werden könnte.

Da also das bestehende Massenelend den gesunden Appetit der bürgerlichen Presse nicht zu stören vermag, und da man noch nichts gehört hat von verhungerten Fabrikdirektoren, Kommerzienräthen oder pensionirten Generalen, so ist die bürgerliche Presse im Großen und Ganzen zufrieden mit der Bilanz des Jahres 1901. — Ganz anders gestaltet sich freilich das Rechnungsergebnis, wenn wir alle Passiven in richtiger Höhe einstellen und keine erfundenen Aktivposten in die Bilanz aufnehmen. Dann gestaltet sich der Jahresabschluß überaus trübselig.

Das Neujahr 1901 stand noch unter dem Zeichen des Hunnenzuges und gerade am Neujahrstage kam es in Peking zu jenem blutigen Straßenkampfe, bei dem ein halbes Duzend deutscher Soldaten das Leben verlor und eine Mandel schwer verletzt wurde. Der Ahaizug ist im Laufe des Jahres beendet worden — vorläufig wenigstens; denn daß ein zweiter und dritter Akt folgen werden, darf als feststehend gelten. Der erste Akt kostete dem Deutschen Reiche zunächst 258 Millionen Mark, eine volle Viertelmilliarde. Was die späteren Akte kosten werden, weiß man noch nicht; billiger als der erste werden sie kaum sein. Ist's Waldersee nicht, der sie leitet, dann ein Anderer; Besseres als Waldersee werden auch seine Nachfolger nicht leisten. Deutschland hat demnach gegründete Aussichten auf Wiederholung der internationalen Blamagen. Jedenfalls schließt die Bilanz des ersten Chinaaktes mit einem gewaltigen Defizit ab.

Wie in der äußeren Politik, so auch in der inneren. Ueberall Defizite im vergangenen Jahre. Auf die 12 000 Mark-Affaire des Grafen Kosobowitsch folgte der Koniger Prozeß, welcher zeigt, welche Unsumme von Aberglauben und stumpfsinniger Urtheilslosigkeit noch im Volke der Dichter und Denker aufgestapelt ist. Der Zimmerer, welcher über der Feier des zweihundertjährigen Königthums der Hohenzollern ausgeschüttet wurde, verging schnell genug. Tausende von Orden und Ehrenzeichen wurden zwar an diesem Tage zur Stärkung der monarchischen Gefühle ausgetheilt; aber das Weiterreifen der Erkenntniß, daß die Monarchie nicht mehr im Stande ist, sich auf die Dauer zu behaupten, ließ sich dadurch nicht aufhalten. Und die unvergeßliche Rede Wilhelm II. bei Einweihung der Kaserne am Kupfergraben, in der er die Soldaten aufforderte, mit der Spitze ihrer Bajonnette die Unbotmäßigen zu Paaren zu treiben, wenn sie die geheiligte Person ihres Königs anzugreifen wagten, hat auch in bisher gutgläubigen Bürgern einen schweren Riß erzeugt. Das mag in die Bilanz als großer Aktivposten eingetragene sein.

Daß Stumm, der konsequente Scharfmacher, in diesem Jahre dahinging, daß Stöder im Reichstage von unseren Genossen Vebel und Singer bei lebendigem Leibe geschunden wurde, daß Miquel über seine Intriguen mit den Kanalrebellen stolperte und stürzte, daß Frege, der nie Erblassende, urplötzlich eine so schwere Krankheit an sich entdeckte — notabene nachdem ihn sein Fraktionsfreund Graf Limburg-Stirum höllisch scharf in der Presse angegriffen hatte — daß er sein Vizepräsidium im Reichstage niederlegte, daß Bismarck bei Enthüllung seines Denkmals als „des großen Kaisers großer Diener“ bezeichnet wurde, daß der Berliner Magistrat den Kotau vor dem Hofe machte, einen viel tieferen Kotau als der chinesische Sühneprinz, das und vieles Andere sind kleine Epochen ohne größeren Werth gewesen, die im laufenden Jahre zu verzeichnen waren.

Symptomatisch aber waren für Kennzeichnung des inneren Kulturstandes namentlich einige Vorkommnisse auf juristischem und auf gesellschaftlichem Gebiete. Zunächst die Freisprechung des Barons Stietenron von der Anklage, einen Arbeiter ermordet zu haben. Stietenron wurde nicht etwa freigesprochen mit der Begründung, er sei

ein verrückter Mensch, sondern freigesprochen, weil er in Nothwehr gehandelt habe. Der in meilenweiter Stunde gefährdete Standesherr wird als auf's Leben bedroht erschachtet durch einen armen, hilflosen Arbeiter, der keine andere Wehr hat als seine Schaufel, während der Baron nebst Sohn mit geladener Flinte dahergekommen sind. Das genügt.

Der andere Fall betrifft das Todesurtheil, das vom Kriegsgericht in Gumbinnen wegen Ermordung des Soldatenschänders Krosigk ausgesprochen worden ist. Vielleicht wird es von der obersten Instanz bestätigt, vielleicht wird es aufgehoben. Gleichgültig! Daß es verhängt werden konnte, genügt.

Auch der dritte symptomatische Fall für Tagirung unseres Kulturstandes liegt auf dem militärischen Gebiete. Es ist der in diesem Blatte schon besprochene Duellfall in Insterburg, bei dem zwei Offiziere durch den Ehrenrath gezwungen wurden, einen jüngeren Kameraden vom Traualtar wegzureißen und ihm das tödtende Blei in die Brust zu senden, weil er sie in der Trunkenheit beleidigt hatte. Auch das genügt.

Und während die herrschende Gesellschaft ihren Sanden und Sternberg in die Zuchthäuser schicken mußte, während sie in den Fällen Stietenron, Gumbinnen und Insterburg — viele ähnliche Fälle garnicht zu gedenken — Rechtsanschauungen vertritt, die dem Volke einfach als potenzierte Ungeheuerlichkeit und Unsittlichkeit erscheinen, sieht dieselbe Gesellschaft ruhig zu, wie die Arbeitslosigkeit unheimlich anschwillt, wie das Massenelend wächst; sie sieht auch ruhig zu, wie unten in Südafrika die im Dienste des Kapitals stehende englische Regierung ein uns stammbewandtes Volk mit gemeineren Foltern ausrottet als jemals dagewesen sind.

Das ist die wahre Kulturbilanz des verwichenden Jahres. Mag der Teufel da noch einen Reingewinn herauskalkuliren! Weg mit einer Gesellschaftsform, einem Staatssystem, das solche Bilanzen erzeugt. Da könnte man sich in der That versucht fühlen, mit Rousseau die alte Unkultur herbeizuwünschen. Aber wir wissen — und das giebt uns die Kraft, im Kampfe auszuharren — daß jede vergehende Weltordnung Kultur-Unterbilanzen aufweist, ja, daß in der steten Wiederholung dieser Unterbilanzen das sicherste Merkmal liegt, daß eine Staatsordnung in der Zerlegung begriffen ist. Und so wollen wir auch dem ersten Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts gern nachsehen, daß es so wenig positiv Gutes und soviel positiv Schlechtes geleistet hat. Wir wissen, daß die kassende Unterbilanz den Anfang vom Ende bedeutet und daß die letzten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts unter einem anderen Zeichen stehen werden.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Centralvorstandes.

Die Firma Kessler, Fischer & Co. Bereits gleich nach Schluß unserer vorjährigen Generalversammlung in Nürnberg wurde von obengenannter Gesellschaft ein Flugblatt an alle unsere Zahlstellen versandt. Dasselbe ging von der Voraussetzung aus, daß die Arbeitslosen-Unterstützung beschlossene Sache sei und nunmehr die Verbandsmitglieder sich in Masse unter die Fittiche von Fischer und seinem Oberkommandanten Kessler flüchten würden. Der erhoffte Zustrom kam jedoch nicht; ja, nicht ein einziges Mitglied wurde trotz der in dem Flugblatte angewandten Verdächtigungen und Verleumdungen gegen unsere Organisation neu gewonnen. Fischer hatte sich gründlich blamirt.

Nun haben jene Verräther der Arbeiter Sache, welche sich unter obiger Firma zusammen gefunden haben, wiederum ein Flugblatt an unsere Vertrauensleute gesandt, lediglich zu dem Zweck, Uneinigkeit in unsere Reihen hineinzutragen und unsere festgeschlossene Organisation, welche dem Unternehmertum schon so manche Niederlage beigebracht und sich dadurch die Achtung aber auch den Respekt der Bauunternehmer erkämpft hat, zu zerstören. Daß auch dieses Flugblatt seine Wirkung vollständig verfehlen wird, weiß jene Gesellschaft ganz genau. Denn kein ehrlich denkender Zimmerer wird sich einer solchen Organisation anschließen, in welcher einige wenige Personen ihre eigenen persönlichen Interessen vertreten, einer Organisation, welche nur einige Hundert Mitglieder hinter sich hat und sich nicht über die Grenzen Berlins hinaus erstreckt. Nein, Herr Fischer glaubt es selbst nicht; wo er heute in Berlin, in seinem engeren Wirkungskreise, mitfammt seiner Organisation zu einer bedeutungslosen Null herunter gesunken ist, wo er selbst von der großen Mehrzahl der Berliner Zimmerleute verachtet und verhöhnt wird infolge der Handlangerdienste, welche er dem Unternehmertum durch seine Keiltreiberei leistet, daß er bei den deutschen Zimmerleuten noch irgend welchen Einfluß für sich oder sein Organisationschen gewinnen kann.

Jeder deutsche Zimmerer weiß, daß gerade in augenblicklicher Zeit ein gemeinschaftliches einiges Handeln mehr denn je am Platze ist. Das prohenhafte Unternehmertum im Bau- gewerbe ist ununterbrochen thätig, uns unsere erkämpften Vor-

theile wieder zu entreißen und unsere Organisation zu vernichten. Bei dieser Ferkührungsarbeit leisten jene Leute, welche in erheuchelter Weise von Solidarität reden, den Unternehmern hülfreiche Hand. Ekel und Abscheu muß einem jeden Zimmerer überkommen, der das Treiben dieser Klique von Personen genau betrachtet. Ihr, Zimmerleute Deutschlands, Ihr seid davor gewarnt.

An die Auszahler der Reiseunterstützung.

Alle Auszahler der Unterstützung werden ersucht, auf das Verbandsbuch Nr. 62 497 für W. Krüger und der dazugehörenden Reiselegitimation mit derselben Nummer keine Unterstützung auszuzahlen. — Buch und Legitimation sind gestohlen und reist zur Zeit ein gewisser D. Groß auf betreffende Papiere. Buch und Legitimation ersuchen wir, dem Groß abzunehmen und an uns einzuliefern.

Der Zentralvorstand. Fr. Schrader, Vors.

Bekanntmachungen der Agitationskommissionen.

Agitationsbericht.

Im Auftrage des Zentralvorstandes unternahm ich eine Agitationstour durch Rheinland und Westfalen. Vorgelesen waren 21 Versammlungen, von denen 16 einberufen waren. In Wiesbaden ließ der Versammlungsbesuch recht viel zu wünschen übrig. Das Wetter war zwar recht ungünstig, das kann aber nicht die Ursache des schlechten Besuches gewesen sein. Im Sommer war der Geist unter den Zimmerern Wiesbadens ein recht guter, sie vermochten auch die von den Meistern herausgegebene Arbeitsordnung zurückzuweisen und zwar mit Erfolg. Nun augenblicklich ist von Begeisterung nichts zu spüren, die Mehrheit der Zimmerer Wiesbadens schläft jetzt.

In Hanau war die Versammlung recht gut besucht, konnte aber, da ein Formfehler bei der Anmeldung vorgekommen ist, nicht abgehalten werden. Auch in Offenbach war der Versammlungsbesuch ein guter. In Dergenzheim waren elf Zimmerer zur Versammlung erschienen, obwohl dieselbe gleich nach Eintreffen des Arbeiterzuges von Frankfurt stattfand. In Diebrich war die Diskussion eine recht lebhaft, trotz der geringen Zahl Versammlungsbesucher. Die Zahlstelle Mainz hat im Laufe der letzten Wochen recht an Mitglieder zugenommen. Diese Zunahme ist aber nicht etwa auf die Tätigkeit der „Einheimischen“ zurückzuführen, sondern durch die günstigen Arbeitsverhältnisse hat eine größere Anzahl „Fremder“ Arbeit erhalten. Diese waren denn auch die Versammlungsbesucher. Die Einheimischen haben keine Zeit, sich um die Arbeiterbewegung zu kümmern, denn die freie Zeit reicht ja noch nicht einmal aus, um den persönlichen Streit erledigen zu können. Nun, es ist geradezu ein Skandal, wenn sich die Arbeiter gegenseitig bekämpfen, der lachende Dritte ist der Unternehmer. In Köln war die Versammlung recht gut besucht. Der letzte Streik hat ja, wie das auch anderswo der Fall ist, Wunden geschlagen. Und wenn sonst nach dem Kampf eine Erschlaffung, ein Sichgehenlassen zu bemerken ist, so trifft nach meinen Beobachtungen dies für Köln nicht zu, sondern hier zeigt sich eine Erbitterung sondergleichen gegen das Unternehmertum. In Mühlheim a. Rh. waren von den vorhandenen 21 Mitgliedern 20 zur Versammlung erschienen. Die Diskussion war eine rege und zeigte, daß meine Ausführungen verstanden wurden. Auch in Solingen war ein guter Besuch und rege Diskussion zu verzeichnen; doch auch hier tritt das Persönliche in den Vordergrund. Hoffentlich werden die Kameraden meine Worte nach dieser Richtung hin auch für die Zukunft beherzigen. Die Versammlungen in Emsheld, Elberfeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Witten und Krefeld waren alle durchweg gut besucht, in allen Versammlungen war man mit meinen Ausführungen einverstanden und ist mir auch versprochen, mit ganzer Kraft dahin zu wirken, daß die Organisation ungehindert aus der vorhandenen Krise herausgeführt werde. Halten die Kameraden Wort, so kann man getrost der Zukunft entgegensehen.

Mannheim, im Dezember 1901. B. Schilling.

Unsere Lohnbewegungen.

Forderungen in Halberstadt. Am 18. Dezember beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle mit der Lohnfrage. In Anbetracht des am 31. März ablaufenden Tarifs wurde über einen neuen Tarif beraten und beschlossen, folgenden Lohn- und Arbeitsstarif den Meistern zur Annahme vorzulegen.

1. Arbeitszeit.

Jahreszeit	Anfang	Frühstück	Mittag	Abend	Ueberabend	Stundenlohn
1. bis 31. Januar ...	8	—	12—1	—	4½	7½
1. " 15. Februar ...	7½	8½—9	12—1	—	5	8
16. " 28. " ...	7	8½—9	12—1	—	5½	9
1. " 15. März ...	6½	8—8½	12—1	3½—4	6	9½
16. März bis 15. Oktober	6	8—8½	11½—1	3½—4	6	9½
16. bis 31. Oktober ...	6½	8—8½	12—1	—	5½	9½
1. " 15. November ...	7	8½—9	12—1	—	5	8½
16. " 30. " ...	7½	8½—9	12—1	—	4½	7½
1. " 31. " ...	8	—	12—1	—	4	7

2. Der Stundenlohn für einen Zimmermann beträgt 45 $\frac{3}{4}$. Für Junggefelln, welche sich im ersten Gefellenjahre befinden, 40 $\frac{3}{4}$. Der Lohn der Poliere steigt in dem Verhältnis, wie er bis jetzt war.

3. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sollen nur in dringenden Fällen geleistet werden. Als Ueberstunden gelten die Stunden vom Schluß der festgesetzten Arbeitszeit bis 8 Uhr Abends. Dieselben werden mit 10 $\frac{3}{4}$ Zuschlag pro Stunde bezahlt. Von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens ist die Arbeit als Nachtarbeit zu betrachten, wofür die Stunde mit 20 $\frac{3}{4}$ Zuschlag bezahlt wird. Wenn Nachtarbeit geleistet

werden muß, ist dieselbe durch eine Pause von einer Stunde zu unterbrechen, welche aber mit bezahlt wird. Für Sonntagsarbeiten ist ein Zuschlag von 25 $\frac{3}{4}$ zu bezahlen.

4. Für Thurm-, Fahrstuhl-, Wasser-, Karbolineum- und Asphaltarbeiten, überhaupt für alle Arbeiten, wo noch andere Mittel zur Konservierung des Holzes gebraucht werden, ist ein Zuschlag von 10 $\frac{3}{4}$ pro Stunde zu bezahlen.

5. An den Tagen vor den hohen Festen wird eine Stunde früher Feierabend gemacht, ohne Lohnabzug.

6. Am 1. Mai wird nicht gearbeitet, folglich auch nicht bezahlt.

7. Die Lohnzahlung findet jeden Sonnabend vor Schluß der festgesetzten Arbeitszeit mit der Maßgabe statt, daß einzelnen beschäftigte Gesellen berechnigt sind, vorher aufzuhören, um sich den Lohn zu holen, bezw. bei mehreren Gesellen einer den Lohn holt.

8. Für die Errichtung von Baubuden und Aborten gilt die für Halberstadt erlassene Polizeiverordnung mit der Maßgabe, daß auch auf solchen Bauten, wo wenigstens sechs Arbeiter beschäftigt werden und eine Einigung zur Mitbenutzung der von anderer Seite hergestellten Baubuden nicht erzielt ist, solche Einrichtungen zu treffen sind.

9. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden.

10. Meister und Gesellen steht es frei, das Arbeitsverhältnis zu jeder Zeit ohne Kündigung aufzuheben.

11. Die Meister verpflichten sich, im Monat Dezember 1902 mit der Lohnkommission der Zimmerer Halberstadts über die Verlängerung resp. Abänderung der vorstehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen in Unterhandlung zu treten. Die Lohnkommission soll aus je zwei Gesellen von jedem Meister bestehen.

12. Auf Arbeitsstellen außerhalb der Stadt, von denen die Gesellen jeden Abend nach Hause gehen können, wird der Weg als Arbeitszeit resp. Ueberstunde bezahlt.

In der Zeit vom 1. November bis Ende Februar bleibt es den Meistern und Gesellen überlassen, sich betreffs des Weges zu vereinbaren.

13. Bei Ueberlandarbeit wird, wenn Kost und Logis nicht gegeben wird, eine Entschädigung von M 1,50 pro Tag gezahlt.

14. Die vorstehenden Vereinbarungen haben Gültigkeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1903.

Stellungnahme zur Lohnfrage in Magdeburg.

Am 3. Dezember beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter mit der Lohnfrage. Der jetzt bestehende Lohnstarif, welcher bestimmt, daß außer der Regelung der Arbeitszeit der Lohn für Maurer und Zimmerer 47 bis 50 $\frac{3}{4}$ betragen soll, mit der Maßgabe, daß in jedem Geschäft ein Durchschnittslohn von 49 $\frac{3}{4}$ zu zahlen ist, läuft mit dem 1. April 1902 ab. Nach längerer Verathung wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute, am 3. Dezember, im „Luisenpark“ tagende öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter beauftragt die Siebener-Kommission, sich mit der Kommission des Arbeitgeberverbandes in Verbindung zu setzen zwecks Verlängerung des bestehenden Lohn- und Arbeitsstarifes für das Baujahr 1902. Die Versammelten stellen es der Siebener-Kommission anheim, mit aller Energie dafür einzutreten, daß

1. die beiden untersten Lohnklassen, welche, wie unsere Lohnstatistiken beweisen, in den letzten beiden Jahren fast gar nicht in Betracht kamen, in der Lohnskala gestrichen werden,
2. die Arbeitgeber von der Errichtung eigener Betriebskrankenkassen Abstand nehmen,
3. das Vertragsgebiet über das Reichbild der Stadt hinaus in zweideutiger Weise vergrößert wird, und daß
4. auch den Zimmerleuten bei Brückenbauten und dergleichen die im Tarif für Wasserarbeiten vorgesehenen Lohnerhöhungen gezahlt werden.

Forderungen in Kiel und Stellungnahme der Zinnung zu denselben.

Mit dem 1. März 1902 läuft der Lohn- und Arbeitsvertrag ab. Und um auch für das nächste Baujahr geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, beschloffen die Zimmerer in Verbindung mit den Maurern den Gesellenausschuß zu beauftragen, nachstehenden Vertrag der Zinnung zur Annahme zu unterbreiten:

Vertrag.

abgeschlossen zwischen dem Vorstande der Zinnung „Bauhütte“ und dem Gesellenausschuß der Maurer und Zimmerer Kiels.

§ 1. Nachstehender Vertrag ist gültig für die Zeit vom 1. März 1902 bis 6. März 1903.

§ 2. Der Lohnsatz wird für die Arbeitsstunde eines Maurer- und Zimmergesellen auf 65 $\frac{3}{4}$ festgesetzt.

§ 3. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten sollen nur in dringenden Fällen geleistet werden. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten wird ein Zuschlag von 10 $\frac{3}{4}$ für Nachtarbeit ein solcher von 15 $\frac{3}{4}$ pro Stunde gewährt.

Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Früh, einschließlich der entsprechenden Pausen, welche jedoch mit bezahlt werden.

§ 4. Für Arbeiten außerhalb Kiels, d. h. im Bereich der Zährde, werden die nötigen Fahrgelder erstattet, die Fahrzeit gilt als geleistete Arbeit; auch wird ein Zuschlag von 5 $\frac{3}{4}$ pro Stunde gewährt.

§ 5. Für Wasser- und Rammarbeiten wird ein Zuschlag von 10 $\frac{3}{4}$ pro Stunde gezahlt.

§ 6. Die Lohnzahlung für Maurer und Zimmerer ist auf der Baustelle zu bewirken, jedoch so, daß nach beendeter Arbeitszeit Jeder im Besitz des Lohnes ist.

§ 7. Sämtliche Arbeiten sind im Stundenlohn, nicht Afford, auszuführen.

§ 8. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden, mit der Maßgabe, daß für die Dauer der kurzen Tage die festgesetzte Arbeitszeit in der Regel nicht überschritten werden darf.

Die Festsetzung der einzelnen Arbeitsperioden wird den beiderseitigen Ausschüssen überlassen.

Auf diese gewiß recht zeitgemäßen Forderungen antwortete die Zinnung unterm 3. Dezember in ablehnendem Sinne. Das an den Gesellenausschuß gesandte Schreiben hat nämlich folgenden Wortlaut:

„Ueber Ihren Antrag vom 15. v. M., betreffend Lohnerhöhung usw. hat die heutige Zinnungsversammlung ver-

handelt und beschlossen und zwar mit dem Ergebnis, daß Ihre Forderungen abgelehnt wurden.

Es ist die Konjunktur zur Zeit allenthalben so traurig, daß im ganzen Reiche Tausende von Bauhandwerkern ohne Arbeit herumgehen müssen. Auch für Kiel gestalten sich die Verhältnisse durchaus nicht günstig. Dabei wird hier, wie gewiß nicht verkannt werden kann, ein sehr hoher Lohn gezahlt, so daß nach unserer Ansicht man zufrieden sein muß, wenn sich unter den jetzigen Umständen dieser Lohnsatz noch aufrecht erhalten läßt. Wir sind bereit, den bisherigen Lohnvertrag auf ein Jahr zu verlängern.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Mischerleben. Am 20. Dezember tagte unsere Mitgliederversammlung. Nachdem die Wahl des Vorstandes vollzogen war, wurde über die Wahlen zum Gewerbegericht verhandelt. Der Kartelldelegirte berichtete, daß sich auch das Kartell mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe und es für richtig halte, daß die Arbeiter des Baugewerbes zwei Kandidaten aufstellen. Mit diesem Vorschlage erklärten sich die Anwesenden einverstanden und versprochen, recht kräftig für die Wahl zu agitieren. Der Kamerad Kahlhaupt wurde als Kandidat vorgeschlagen. Nachdem die Beiträge entrichtet, erfolgte Schluß der Versammlung.

Seilbrom. Am 22. Dezember fand hier eine öffentliche Zimmererverammlung statt, in welcher Kamerad Schrader aus Hamburg über: „Die augenblickliche wirtschaftliche Lage“ referirte. Redner ging zunächst auf die eigentlichen Ursachen der heute herrschenden Krise ein, die eine unausbleibliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise sei, wesentlich verschärft durch die Vorkommnisse und Ereignisse der letzten Jahre, wie Chinawirren, Banfkrachs, Zolltarif usw. Auch im Baugewerbe mache sich die Krise nicht zum Wenigsten bemerkbar. Keineswegs sei sie aber hier, wie vielfach in anderen gewerblichen und industriellen Betrieben, auf Ueberproduktion zurückzuführen, sondern es müssen andere Umstände hierzu beigetragen haben. In erster Linie kommt wohl hier der Wucher in Frage, der mit dem Grund und Boden betrieben wird, kein Wunder, daß dadurch die Bauthätigkeit stark beeinträchtigt wird. Recht gelegen komme den Grundstückspekulanten die bestehende Wohnungsnoth, weil mit dem Steigen derselben auch die Preise für Wohnungen und Baustellen immer höher geschraubt werden. Wir sehen hier wieder, daß die bestehenden Klassen stets darauf hinarbeiten, Alles, wozu sie eventuell betroffen werden, nach Möglichkeit auf die Weislosen, auf die arbeitende Klasse abzuwälzen. Unsere Aufgabe sei es nun, der immer größer anwachsenden Ausbeutung entgegenzuwirken. Und das könne nur durch eine starke, geschlossene Organisation erreicht werden. Gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges müsse man ganz besonders auf den inneren Ausbau der Organisation großen Werth legen. Wolle man jetzt die Hände müßig in den Schoß legen und erst bei Eintritt einer besseren Konjunktur sich auf die Organisation bestimmen, das hieße, auf jeden Erfolg von vornherein Verzicht leisten. Deshalb müsse es sich jeder Einzelne zur Pflicht machen, nach besten Kräften für den Verband einzutreten, dann werden auch wir gestärkt und gefestigt aus dieser Zeit des wirtschaftlichen Stillstandes hervorgehen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen.

Bückwig. Am 15. Dezember fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Nachdem der Kassirer Abrechnung vom Sommerbergnügen gelegt, erfolgte die Wahl des Vorstandes. Kamerad Michaelis-Stettin hielt darauf einen Vortrag über: „Die Krise und deren Einwirkung auf die Organisation“. Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Lohnfrage, wurde recht lebhaft diskutiert. Nachdem noch in „Verschiedenes“ Mißstände vom Plaz Kofch kritisiert worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Vegeack. Am 15. Dezember fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Nachdem die Wahl des Vorstandes und auch die der Kartelldelegirten erfolgt war, wurde über die Kolportage des „Zimmerer“ verhandelt. Beschlossen wurde, daß Kamerad Madzuhn die Kolportage für Vegeack zu übernehmen hat; die Mitglieder, welche in der Umgegend wohnen, erhalten den „Zimmerer“ per Post. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß für die Beiträge zum Lokalfonds, Kartell und für Kolportage eine einheitliche Marke einzuführen ist. Der Preis derselben wurde auf 40 $\frac{3}{4}$ festgesetzt (20 $\frac{3}{4}$ für Lokalfonds, 5 $\frac{3}{4}$ für das Kartell und 15 $\frac{3}{4}$ für Kolportage) und ist jeden Monat eine Marke zu kaufen. Arbeitslose Mitglieder sind, sofern sie sich der Kontrolle unterziehen, von jedem Beitrag befreit. Ueber die Lohnfrage wurde nunmehr verhandelt und berichtet, daß die Bauarbeiter und Maurer gewillt seien, mit den Zimmerern die zu stellenden Forderungen gemeinsam festzusetzen. Vier Mitglieder wurden zur Lohnkommission gewählt und beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

Vermischtes.

Wie Mundenheimer Zimmerer behandelt werden, darüber geht uns folgende Schilderung zu. In der chemischen Fabrik von Gebr. Giulini werden auch Zimmerer beschäftigt, im verfloffenen Sommer sogar 22 Mann. Eine geregelte Arbeitszeit gab es nicht; es wurde Afford gearbeitet und es war eine 12—15 stündige Arbeitszeit an der Tagesordnung. Dabei wurde aber recht wenig Rücksicht auf Leben und Gesundheit genommen. Es verging kaum ein Tag, wo sich nicht ein Unfall ereignete. Zwei tüchtige Verbandskameraden erhielten mittlerweile auch in der Fabrik Arbeit und versuchten, die Mißstände zu beseitigen. Sie veranstalteten zunächst eine Platzversammlung, zu welcher auch der Meister K. eingeladen wurde. Obgleich Alle die Mißstände kannten, fehlte doch der Muth, öffentlich deren Beseitigung zu fordern. Die bereits erwähnten zwei Kameraden übernahmen es nun, die Zustände gehörig zu kritisiren, und erreichten damit, daß die Ueberstunden beseitigt wurden. Lange sollten sich diese Kameraden nicht ihres Wertes freuen; denn 14 Tage später wurde ihnen gekündigt. Es wäre wohl nun Ehrenpflicht aller in der Fabrik beschäftigten Zimmerer gewesen, für die gekündigten Kameraden einzutreten; aber so weit reichte das Solidaritätsgefühl nicht. Im Gegentheil; es herrschte Freude, daß die Beseitiger der Afford- und Ueberstundenarbeit auf's Straßenspflaster geworfen wurden. Den Lohn erhielten sie bald von der Fabrikleitung in Gestalt einer Lohnreduzierung von 10 pht. Alle Versuche, diese Zimmerer zur Vernunft zu bringen, scheiterten, und die Verbandskameraden sahen sich endlich veranlaßt, für

Sene nichts mehr zu unternehmen. Vier Wochen nach der ersten Lohnreduzierung erfolgte eine zweite und gleichzeitig auch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Nun, Jeder erhält die Behandlung, die er verdient. Seine Mündenheimer Zimmerer, denen das Interesse ihres Meisters höher steht als das eigene und das ihrer Kameraden, werden ebenfalls behandelt, wie sie es verdienen.

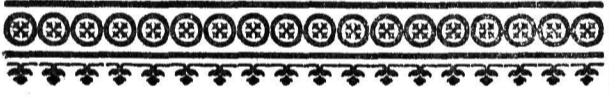
Arbeitslosen- und Krankenstatistik der Zahlstelle Altona für Monat November 1901. Von 225 Mitgliedern wurden 195 nach ihrer Arbeitslosigkeit befragt; davon feierten 22 Mitglieder 185 Tage, 2 Mitglieder waren 32 Tage krank.

Ein Vergleich desselben Monats zu den beiden Vorjahren ergibt folgende Tabelle:

	Befragt	Davon feierten	Zusammen Tage	Kranke Mitglieder	Zeit der Krankheits-tage
1899.....	135	28	227	10	107
1900.....	180	51	750	5	97
1901.....	195	22	185	2	32

Lohnstatistik der Zahlstelle Halle a. d. S. Eine im Monat Dezember 1901 vorgenommene Erhebung über die Löhne und die Zugehörigkeit zum Verbands ergab nachstehendes Resultat:

Name des Unternehmers	Zugehörigkeit Zimmerer	Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten							Zugehörigkeit zum Verbands
		43	45	47	48	50	52	53	
Eisenschmidt	30	—	6	4	5	12	2	1	6
Dhmann	20	—	—	—	—	20	—	—	20
Schuber & Gebert ...	4	—	—	—	—	4	—	—	4
Bauer	6	—	—	3	—	3	—	—	1
Left	10	7	2	—	—	1	—	—	2
Dönnig	3	—	3	—	—	—	—	—	—
Albrecht	12	—	—	10	—	2	—	—	10
Schulze	20	—	10	5	2	3	—	—	6
Zabel	10	—	6	—	3	1	—	—	—
Brüggert	8	—	5	2	—	1	—	—	—
Schumann	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Hertel	3	—	2	1	—	—	—	—	2
Karel	2	—	—	—	—	2	—	—	2
Dhne	10	—	—	—	—	10	—	—	3
Lühner	7	—	—	—	—	7	—	—	7
Meiße	3	—	—	—	—	3	—	—	—
Frommann	4	—	—	—	—	4	—	—	1
Becker	3	—	—	—	—	3	—	—	2
Wenzke	2	—	—	—	—	2	—	—	1
Später	1	—	—	—	—	1	—	—	1
Saring	3	—	—	—	—	3	—	—	2
Melcher	2	—	—	—	—	2	—	—	1
Frank	3	—	—	—	—	3	—	—	—
Schardt	2	—	—	—	—	2	—	—	1
Roske	1	—	—	—	—	1	—	—	—
Steincke	2	—	—	—	—	2	—	—	—
Lüttig	3	—	—	—	—	3	—	—	—
Schönsack	2	—	—	—	—	2	—	—	1
Möhlring	2	—	—	—	—	2	—	—	1
	179	7	34	25	10	97	5	1	74



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In Friedenau stürzte an einem Neubau der mit Rüstern beschäftigte Zimmerer Böhm aus dem dritten Stockwerk ab und zog sich außer einem Wadenbruch noch schwere innere Verletzungen zu.

Berlin. Auf dem Neubau an der Ecke der Grünauerstraße und des Kottbuser Ufers, der von der Firma Thieme ausgeführt wird, steht auf dem eingebauten Hof ein Fahrstuhl zur Beförderung des Baumaterials nach der Arbeitsstätte. Der Bau ist bis zur dritten Etage gediehen und der Fahrstuhl in dieser Höhe mit dem Bau durch sogenannte Brücken verbunden, auf welchen das Material in auf Schienen laufenden Lowries weiter befördert wird. Auf einer dieser Brücken arbeiteten am 23. Dezember zwei Arbeiter, indem sie eine mit Wasser gefüllte Lowry schoben. Der Wagen setzte hierbei aus und der 23jährige Arbeiter Josef Koppras trat zur Seite und stürzte in die Tiefe. Er war sofort tot.

Olfen. Beim Abbruch des Bohrturmes der Gewerkschaft Rheinpreußen wurde ein Zimmerer von einem Balken so schwer am Kopf verletzt, daß er starb.

Der Wucher mit Baugelände wird durch nachstehende Mitteilung aus Heidelberg wieder einmal treffend illustriert. Uns wird geschrieben: Vor zirka sechs Jahren kaufte ein hiesiger Baumeister ein Baugelände an der Kriegskurve zum Preise von M 6000. Als vor etwa acht Monaten die Frage des Bahnneubaus in Fluss kam, wurde obiges Gelände für M 145 000 wieder verkauft und jetzt hat dasselbe eine Frankfurter Firma um den Preis von M 180 000 erworben. Die Differenzen zählt natürlich, dank den weitausschauenden Maßnahmen unserer Staatsbehörden die steuerzahlende Bevölkerung.

Sozialpolitisches.

Von einer kaiserlichen Musteranstalt. Aus Kiel wird berichtet:

In einer Werkstätte des Ressorts III der kaiserlichen Werft wurde dieser Tage eine Liste gefunden, die die Ueberschrift trägt: „Verzeichnis derjenigen Arbeiter der Schmiede- und Schlosserwerkstatt, welche bei eventuellem Ent-

lassung in Vorschlag gebracht werden.“ Diese Liste, die offenbar nach Angabe der Meister im Bureau zusammengestellt, ist mit dem Stempel der Werft versehen und enthält die Namen von 50 Arbeitern der genannten Werkstätte mit beigefügter Arbeitsmarken-Nummer, Lohnklasse und mit einer Rubrik „Bemerkungen“ hinter dem Namen. Die Bemerkungen haben folgenden lieblichen Wortlaut: „frech“ (19mal), „faul“ (16), „frech und faul“ (3), „Summelant“ (4), „Trinker“ (3), „Aufwiegler“, „frech und Aufwiegler“, „niederträchtig“, „kann nicht sehen“, „oft krank“ (je einmal).

Zunächst sei bemerkt, daß die Schmiede- und Schlosserwerkstatt, auf die sich die Liste bezieht, zirka 400 Arbeiter zählt, daß also zirka 12 pzt. der dort beschäftigten Arbeiter in der angegebenen beschimpfenden Weise charakterisiert werden. Sodann sei konstatirt, daß es sich nicht etwa um eine politische Proskription handelt, wie sie Herr v. Tirpitz vor einigen Jahren empfohlen hatte, denn nur wenige der Verzeichneten sind gewerkschaftlich, politisch keine organisiert. Ueber den Zweck der Liste erhalten wir einige Aufklärung, wenn wir in Stichproben, die auf genauen Erkundigungen unter den nicht persönlich an der Sache beteiligten Arbeitern der Werkstätte beruhen, eine Nachprüfung der „Bemerkungen“ anstellen.

Aus nachfolgenden Gründen veröffentlichen wir die Namen der Verzeichneten nicht, geben aber, wo von Einzelnen die Rede ist, die Markennummer an, damit man sich an „maßgebender“ Stelle über die Authentizität unserer Veröffentlichung keinem Zweifel hingiebt.

Was die als „frech“ und „faul“ charakterisierten Arbeiter anlangt, so ist es ihren Kollegen räthselhaft, wie gerade diese Namen auf die Liste geraten sind, es müßte denn den Arbeitern als Frechheit und Faulheit angeliebt werden, wenn sie bei Akkordabmachungen die eigene Berechnung energisch vertreten und so den Meistern un bequem werden.

Nr. 1181 wird als „niederträchtig“ bezeichnet. Es handelt sich um einen geistig nicht ganz normalen, bei seinen Arbeitskollegen aber allgemein als vollständig harmlos geltenden Mann.

Nr. 1007: „Aufwiegler“, gleichfalls ein völlig indifferenter Arbeiter, der sich an nichts betheiligt und höchstens durch die Bemühungen irgend eines getreuen Nachbarn in die Liste gekommen ist.

Nr. 1036 wird als „frech“ geführt, trotzdem er ein „braves“ Mitglied des Kriegervereins ist.

Nr. 1087, 1080, 1028 werden als Trinker gebrandmarkt. Dabei ist Nr. 1087 seit 18 Jahren, Nr. 1080 seit 20 Jahren, Nr. 1028 seit 27 Jahren auf der Werft beschäftigt. Jetzt auf einmal sollen diese Leute als „Trinker“ hinausfliegen.

Nr. 1087 ist „faul“ — ein über 60 Jahre alter Arbeiter, der seit 27 Jahren auf der Werft arbeitet, also begreiflicherweise nicht mehr über die Kräfte eines Jünglings verfügt.

Nr. 1029: „Kann nicht sehen“. Das muß entweder den Vorgesetzten des Mannes schon seit 25 Jahren bekannt sein, denn so lange ist er auf der Werft beschäftigt, oder er hat sein Sehvermögen im Laufe des Vierteljahrhunderts schwerer Arbeit im „kaiserlichen Dienste“ eingebüßt.

Nr. 1275 ist „oft krank“. Der Mann ist erst seit kurzer Zeit in der Schlosserei. Vorher war er lange Jahre in der Winkelschmiede der Werft beschäftigt und hat dort vor dem Feuer seine Gesundheit verpfuscht.

Diese Proben genügen wohl, sie können nöthigenfalls noch ergänzt werden. Jedenfalls ist die Liste ein bedeutungsvolles Dokument staatlicher Sozialpolitik und sie giebt wahrhaft verblüffende Aufklärung darüber, mit welchen Rechten sich die kaiserliche Werft die selbstgefällige Bezeichnung „Musteranstalt“ beilegt. Unter den Arbeitern der Werkstätte und auf der ganzen Werft herrschte, als die Liste bekannt wurde, allgemeine Empörung, denn es ist absolut nicht ausgeschlossen, daß nicht auch für andere Werkstätten und in den übrigen Ressorts solche Verzeichnisse existiren, zumal erst kürzlich auf der Krupp'schen Werft ein ähnlicher Fund gemacht wurde. Niemand ist sicher, daß ihm nicht ein gleiches Schicksal blüht, denn offenbar spielen bei der Zusammenstellung personliche Intriguen eine große Rolle.

Die Werftarbeiter geben sich bislang dem Glauben hin, ihre Beschäftigung auf der Werft bedeute eine Lebensstellung. Sie waren deshalb von jeher in der Bethätigung ihrer Klasseninteressen äußerst vorichtig, hielten sich in der Mehrzahl den politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen fern und gaben höchstens zur Wahlzeit ihrer Ueberszeugung durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck. Sie werden jetzt einsehen, daß sie umsonst so zurückhaltend gewesen sind, daß noch nicht einmal die Mitgliedschaft im Kriegerverein sie vor dem Schicksal des Tirpitz'schen „sozialdemokratischen Agitators“ schützt.

Fortdauer der Krise. Die Hoffnung weiter industrieller Kreise auf eine Besserung der Konjunktur hat sich bisher nicht verwirklicht. Im Gegenteil, dieselbe verschlechtert sich fast von Tag zu Tag. Die Eisenbahneinnahmen waren im Oktober d. J. um 3½ Millionen Mark geringer als im Oktober 1900 trotz der gestiegenen Bevölkerungsziffer und trotz des erweiterten Eisenbahnnetzes. Im Frachtenverkehr ergibt sich pro Kilometer ein Rückgang um mehr als 5 pzt. Die Maschinenfabriken leben hauptsächlich von der Beschäftigung für das Ausland. Die Ausfuhr weist kaum eine Verminderung, in wichtigen Spezialitäten sogar eine Zunahme auf, während die Einfuhr wesentlich zurückgegangen ist. Die Handelsbilanz Deutschlands für 1901 wird daher wesentlich günstiger ausfallen als die der vergangenen Jahre. Freilich ist das nichts weniger als ein günstiges Zeichen für die deutsche Geschäftslage. Diese wird drastisch dadurch illustriert, daß 180 Berliner Firmen der Eisengießerei-, Maschinen- und elektrotechnischen Branche an das preussische Staatsministerium ein Gesuch gerichtet haben, ihnen auch zu Preisen, die einen Verdienst nicht übrig lassen, Beschäftigung zu gewähren, damit sie nicht nothwendig haben, noch mehr Arbeiter zu entlassen.

Auch in anderen Industriezweigen schreitet man zu Arbeiterentlassungen, zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur Herabsetzung der Löhne. Selbst so vorzüglich situierte Werke wie die „Vereinigte Königs- und Laurahütte“ haben generelle erhebliche Lohnherabsetzungen bis zu 15 pzt. vorgenommen. Die ausländischen Arbeiter werden durchweg abgehoben, die Städte nehmen Nothstandsarbeiten in Angriff, um die

Arbeitslosen zu beschäftigen. Ist einstweilen vorwiegend in der Maschinenbranche, im Baugewerbe und im westfälischen Steinkohlenbergbau ein Arbeitsmangel vorhanden, so muß mit der wachsenden Arbeitslosigkeit, der Beschränkung der Arbeitszeit, der Verkürzung der Löhne die Kaufkraft der breiten Schichten auch für die Konsumartikel zurückgehen, und damit muß auch in den anderen Industriezweigen, im Einkommen des Handwerkers, im Umsatz des Kaufmannes allmählig ein Rückgang eintreten.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß der gesunkenen Zahl der verkauften Invalidenmarken in Berlin eine nahezu ebenso hohe Steigerung in der Provinz Brandenburg gegenüberstehe, daß der Erlös daraus gegen die gleiche Zeit des Vorjahres nicht wesentlich zurückgegangen sei, so wird dabei nicht berücksichtigt, daß inzwischen die Bevölkerung wesentlich gestiegen ist, also von Nichts wegen sehr viel mehr Invalidenmarken hätten verkauft werden müssen als damals.

Sanguinische Gemüther erblicken in dem niedrigen Zinsfuß auf dem Kapitalmarkt, in der stark hervortretenden Neigung zur Emission ausländischer Rentenpapiere die Anfänge wiederkehrenden Vertrauens, neu erwachender Unternehmungslust. Wer tiefer blickt, sieht darin gerade den Ausdruck des tiefgemurzelten Mißtrauens in die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Die industrielle Unternehmungslust ist trotz der billigen Materialpreise, trotz der gesunkenen Löhne nahezu gleich Null; sie kann sich nicht heben, so lange die Unsicherheit über die künftigen Handelsverträge besteht.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Das Breslauer Gewerkschaftshaus ist der dortigen Polizei ein Dorn im Auge. Gegen die Ertheilung der Dreiviertelkonzession (Auskauf von Grog, Rum, Kognat und Liqueuren) durch den Stadtschutz hat sie Widerspruch erhoben, und in der That hat sie damit beim königl. Bezirksauschuß Erfolg gehabt. Die Polizei behauptet einfach, es seien in Breslau schon genug derartige Versammlungslokale vorhanden, so daß zur Begründung des Gewerkschaftshauses kein Bedürfnis vorliege. Daß aber die Polizei gerade den Arbeitern unmöglich gemacht hat, jene anderen Lokale für ihre Versammlungen zu erhalten, verschweigt sie. Trotzdem schloß sich der Bezirksauschuß jenen Ausführungen an und versagte die Konzession. Eine Petition zu verlesen, die von fast 4000 Gärten des Gewerkschaftshauses unterschrieben war, lehnte der Vorstehende ab. Man wisse schon, daß solche Petitionen auch von Leuten unterschrieben würden, die garnicht wüßten, um was es sich handelte. Von der Ertheilung der Konzession wollte der Polizeivertreter eine Vermehrung der ohnehin häufigen Ruhestörungen im Gewerkschaftshaus befürchten. In der That ist die Polizei, die sehr scharfe Aufsicht führt, im Gewerkschaftshaus noch nie zu irgend einem Einschreiten genöthigt gewesen. Trotz aller Bedrohungen werden die Breslauer Arbeiter ihr Gewerkschaftshaus sich erhalten.

Gewerbegerichtliches.

Beisitzer-Wahlen zum Gewerbegericht. In Konstanz wurden vier Arbeiterbeisitzer der Kartellliste und zwei Vertreter der vereinigten Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine, der Eisenbahner und des Arbeiterbildungsvereins, gewählt. In Görlitz siegte in der Klasse der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer die Liste des Gewerkschaftskartells. In der letzteren mit 2085 gegen 320, in der ersteren mit 59 gegen 37 gegnerische Stimmen. In Ebingen siegte die Arbeitnehmerkandidaten des Kartells ohne Gegenliste. In Ludwigsburg siegte die Liste des Kartells. In Düsseldorf siegte die Kandidaten des Kartells mit 4636 Stimmen gegen die mit 3982 Stimmen unterlegenen christlichen Kandidaten. In Ratingen, wo bisher die christlichen Vertreter gewählt wurden, siegte erstmalig unsere Gewerkschaftsvertreter. In Gerresheim siegte dagegen der christliche Kandidat mit 549 gegen 197 Stimmen, welche auf den Vertreter der Gewerkschaften entfielen. In Würzburg siegte die Vertreter des Gewerkschaftskartells. In Berrich, Freiberg und Reichenbach i. S. siegte die Arbeiterkandidaten der Gewerkschaftskartelle. In Gelsenkirchen siegte die Liste der vereinigten Christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine. Bei den Arbeitgeberwahlen in Reichenbach wurden nur ganze 1—3 Stimmen abgegeben; es giebt also dort „ein stimmig“ gewählte Unternehmer. In Berrich mußte sogar die Arbeitgeberwahl verstat werden, da kein einziger derselben sich an der Wahl betheiligte. Machen die Herren Obstruktion? Dann könnte ja der Fall eintreten, daß nach § 16 die Unternehmervertreter ernannt werden müßten. In Rehe, Bergedorf, Wandsbek und Rostock siegte die Listen der Gewerkschaften bei den Arbeitnehmerwahlen. In Göstz a. M. siegte bei der Arbeitnehmerwahl die Liste des Gewerkschaftskartells. Bei der Arbeitgeberwahl wurden acht Vertreter von der seitens des Kartells aufgestellten Liste und vier Vertreter der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine gewählt. In Pirmasens siegte die Kandidatenliste des Gewerkschaftskartells mit 1350 Stimmen. Auf die Kandidaten der vereinigten christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine entfielen 250 Stimmen. Weitere Wahlsiege der Gewerkschaftsvertreter werden berichtet aus Eisenach, Hirschberg und Belbert (Rheinland). In Dessau siegte die Arbeiterkandidaten des Gewerkschaftskartells, während dessen Arbeitgeberkandidaten gegen die Liste des Innungsausschusses, die gewählt wurde, ansehnliche Minoritäten (ein Drittel aller Stimmen) erzielten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Eine wichtige Entscheidung fällt am 19. Dezember die Strafkammer III des Landgerichts Kiel. Der Verhandlung lag folgender Thatbestand zu Grunde: Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Dietrichsdorf des Deutschen Werftarbeiterverbandes, Ernst Wade, hatte von der Polizeibehörde einen auf M 15 lautenden Strafbefehl erhalten, weil er es unterlassen hatte, eine am 3. Juli in einer Mitgliederversammlung vorgenommene Aenderung im Vorstand polizeilich anzumelden. Da der Vorstehende es veräußerte, rechtzeitig Einspruch zu erheben, mußte die Strafe bezahlt werden. Die verlangte Anmeldung unterblieb aber auch dann noch,

und die Folge davon war, daß Wade eine zweite Strafverfügung, diesmal jedoch in Höhe von M 30 erhielt. Hiergegen wurde rechtzeitig Einspruch erhoben. Am 5. November verhandelte dann das Kieler Schöffengericht über die Sache. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle erklärte in der Verhandlung, daß der Verband sich überhaupt nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen und demnach nicht als ein politischer angesehen werden könne. Ferner berief er sich darauf, daß das Vereinsgesetz den Vorstand nicht verpflichtet, die Wahl des Vorstandes oder Veränderungen bei demselben der Polizeibehörde mitzuteilen. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Die Amtsverwaltung legte jedoch gegen das Erkenntnis Berufung ein. In der am 19. Dezember stattgefundenen Verhandlung wurde vom Angeklagten außer dem bereits Vorgebrachten noch angeführt, daß in der betreffenden Versammlung doch ein Polizeibeamter anwesend gewesen sei und somit Gelegenheit gehabt habe, die nötigen Notizen zu machen. Das Gericht schließt sich dem Urteil der ersten Instanz voll und ganz an. Nach der Entscheidung des Kammergerichts sei der Werftarbeiterverband zwar unzweifelhaft als ein politischer anzusehen. Die Bestrebungen eines so ausgedehnten Vereins um die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bedinge notwendigerweise ein Einwirken auf die Allgemeinheit. Trotzdem müßte anerkannt werden, daß die Polizei auch bei einem solchen Verein nicht berechtigt sei, über Alles, wenn sie es für nötig hält, Auskunft zu verlangen. Bei Veränderungen der Mitgliederlisten und Statuten läge für den Vorstand eines solchen Vereins die Verpflichtung zur Anmeldung vor, nicht aber bei einer Änderung im Vorstand. Es müßte deshalb Freisprechung erfolgen. Ferner wird bestimmt, daß die Staatskasse dem Angeklagten die baaren Auslagen und die Anwaltskosten zu ersetzen hat, da das weitere Verfahren nur auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgt sei.

Die Verteilung von Druckschriften betrifft eine grundsätzliche Entscheidung des Kammergerichts. Unser Parteigenosse Jux in Harburg hatte ohne polizeiliche Erlaubnis in zwei Häusern Bohnen-Flugblätter verteilt und war deshalb wegen Vergehens gegen den § 10 des preussischen Pressegesetzes von 1851 angeklagt worden. Die Staatsanwaltschaft nahm ein Verteilen von Druckschriften an einem öffentlichen Orte im Sinne dieses noch rechtsgültigen Paragraphen an. J. wurde jedoch in zweiter Instanz freigesprochen. Zur Begründung führte das Landgericht aus: Es stehe zwar fest, daß der Angeklagte in den Häusern Druckschriften verteilt und ein Flugblatt durch eine Flurhür gesteckt habe. Indessen sei anzunehmen, daß die Hausflure von Privatbürgern keine öffentlichen Orte seien. Der Angeklagte hätte deshalb einer polizeilichen Erlaubnis nicht bedurft. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich dem Rechtsmittel an, indem er geltend machte, der Ausspruch des Landgerichts betreffend den Charakter der Hausflure sei in seiner Allgemeinheit nicht zutreffend. Hausflure seien vielmehr manchmal öffentliche Orte, manchmal nicht. Es komme immer auf den Spezialfall an. Darum beantrage er die Zurückverweisung der Sache an den Vorderrichter, damit dieser nach Lage der besonderen Verhältnisse im vorliegenden Falle feststelle, ob hier der Hausflur als öffentlicher Ort anzusehen sei. — Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Hausflure seien, wenn sie auch unter Umständen öffentliche Orte sein könnten, auf jeden Fall geschlossene Räume im Sinne des § 43 Abs. V der Reichs-Gewerbeordnung, wonach in solchen Räumen die nichtgenehmigte Verteilung von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis gestattet sei. Somit rechtfertigt sich ohne Weiteres die Freisprechung des Angeklagten.

Vom Kampf der Gewerkschaften mit den Behörden in Straßund wird uns geschrieben:

Von dem eifrigen Kampf mit den finsternen Mächten des Umsturzes können die Straßunder Arbeiter in neuerer Zeit ein besonderes Liedchen singen, denn wie es scheint, wird unter der Einwirkung der Krise und des schlechten Geschäftsganges einerseits, sowie zu dem bevorstehenden Weihnachtsfeste andererseits, hier den Arbeitern gegenüber noch eine schärfere Tonart als sonst angeschlagen. So konnte auch der Genosse Nagel kürzlich sagen: „O Herr, hör' auf mit Deinem Segen!“ — Am Dienstag hatte derselbe Termin in Barth. Ihm wurde zur Last gelegt, Flugblätter auf offener Straße ohne polizeiliche Erlaubnis verbreitet zu haben. N. verteilte Anfang Oktober in Damgarten den „Wolfskalender“ sowie das bekannte „Hungerflugblatt“. Er soll nun nach der Anklage ein Flugblatt auf der Straße weggegeben haben. Genosse Nagel behauptet dagegen, daß er dies Flugblatt auf dem Hausflur abgegeben habe. Ein Zeuge bekundet jedoch, das sei in resp. vor dem Hauseingang geschehen. Nagel wurde wurde demzufolge zu M 3 Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Am Tage darauf, am Mittwoch, hatte Genosse Nagel schon wieder Termin vor dem hiesigen Schöffengericht. In einem dem „Zimmerer“ zugesandten Versammlungsbericht hatte er einen Zimmerer von hier „Streikbrecher“ und „Schnapsbruder feinsten Sorte“ genannt. Dadurch führte sich der Betreffende beleidigt und stellte Strafantrag. N. wurde zu M 40 Geldstrafe, der mitangeklagte Redakteur Bringmann in Hamburg zu M 50 und Beide zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Amtsanwalt hatte M 20 bezw. M 60 Geldstrafe beantragt. Als Nagel von der Gerichtsverhandlung nach seiner Wohnung kam, fand er hier schon wieder ein Strafmandat in Höhe von M 70 und M 5,20 Kosten vor. Bekanntlich hat eine Anzahl Straßunder Arbeiter hier ein Kasino eingerichtet, um dem für uns herrschenden Notalmangel abzuhelfen. Sie haben frühere Geschäftsräume (7 Zimmer) auf die Dauer von drei Jahren gepachtet, dieselben anständig ausmöblirt und Billards, Musikautomaten usw. angeschafft. Seitens der Behörde erging nun die Aufforderung, ein Gesuch um Konzession einzureichen. Obgleich nur an Mitglieder ausgeteilt wird, wurde, um Scheererei mit der Behörde zu vermeiden, die Ertheilung der Konzession für den Defonomen, Genossen Nagel, nachgesucht. Diefelbe wurde abgelehnt, weil kein Bedürfnis vorhanden sei. Laut § 33 Abs. 5 und 6 der Reichs-Gewerbeordnung darf bei Vereinen, die nur an Mitglieder schänken, die Bedürfnisfrage überhaupt nicht herangezogen werden. Das scheint nach dem Obigen die Behörde nicht zu wissen. Am 16. Oktober hatten wir mündliche Verhandlung vor dem

Stadtauschuß, jedoch auch hier wurde uns die Konzession abgelehnt. Wir haben jetzt Klage beim Bezirksauschuß eingereicht, haben aber bis heute noch keinen Termin gehabt. Wir haben uns bei mehreren hiesigen, sowie bei einem als tüchtig bekannten Greifswalder Rechtsanwalt erkundigt, und erhielten bei jedem der Herren den Bescheid, daß nach ihrer Meinung überhaupt keine Konzession nötig sei, wenn nur an Mitglieder geschänkt würde und dadurch kein Gewinn erzielt werden solle. Wir sind über 600 Mitglieder und schänken seit dem 18. Oktober. Die Folge war das oben angeführte Strafmandat für den Genossen Nagel wegen Vergehens gegen § 33 der Gewerbeordnung. Selbstverständlich wird Berufung eingelegt werden.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Winterkrankheiten. Der Winter ist bei uns diejenige Jahreszeit in der die arme Menschheit am meisten durch Gicht und Rheumatismus, Diphtheritis, Bräune, Halsentzündung, Katarthe und Erkältungen aller Art heimgesucht wird. Wer nun etwa dächte, daß diese Spießerkrankheiten, die wir in den nächsten Wochen und Monaten, hoffentlich heil, zu durchlaufen haben, im Wesentlichen denselben Angriff bedeuere und daher derselben Abwehr bedürfe, der befände sich in einem großen Irrthum. Wie oft wird nicht schon das zuerst erwähnte Paar im gewöhnlichen Leben zusammengeworfen und miteinander verwechselt! Die Gicht entsteht aus krankhaften Veränderungen im Innern des Körpers, die man im Allgemeinen auf eine Ablagerung harnsaurer Salze in den Gelenknospeln und den umliegenden Theilen zurückführt, sie pflegt sich bei Personen von üppiger Lebensweise, bei übermäßigem Genuß von Fleisch, schweren Weinen usw. einzustellen. Während die Gicht so von innen heraus entsteht, befällt der Rheumatismus den Körper von außen, und zwar infolge schwerer Erkältungen; während die Gicht hauptsächlich die Knochen heim sucht und nebenbei den benannten Gichtknoten hervorruft, macht sich der Rheumatismus in den Muskeln hervorbar. Die Gicht ist leicht erblieh, nicht aber der Rheumatismus; bei der Gicht erscheint zuerst das Fieber und macht den Schmerzen Platz, beim Rheumatismus kommt zuerst der Schmerz und dann das Fieber. Die Gicht kann unter Umständen tödlich wirken, der Rheumatismus nur als Gelenkrheumatismus, und zwar in Verbindung mit anderen Krankheiten. Beide Uebel können akut wie chronisch auftreten. In ersterem Falle treten die Schmerzen bei der Gicht in irgend einem Gelenk, besonders der großen Zehe, Podagra auf, schwinden aber bei richtiger Behandlung in 8 bis 14 Tagen; ist das Uebel chronisch geworden, so treten die Anfälle, die viele Jahre dauern können, häufiger auf, namentlich in der gegenwärtigen Jahreszeit. Beim Rheumatismus kann auch der akute Anfall Tage und Wochen dauern und der angegriffene Theil befindet sich dabei in einem entzündlichen Zustand; indessen verläuft das Leiden hier meist ungefährlich, obwohl es für Wiederholungen leicht empfänglich macht. Bei den Krankheiten hat sich die Massage in der Regel als heilsam erwiesen, während aber der Rheumatismus kräftige Ernährung erfordert, verlangt die Gicht eher eine vorherrschend vegetarische Kost ohne Alkohol und Mittel zur Verhütung oder Auflösung der schädlichen harnsauren Salze: phosphorsaures Natron, die bekannten Mineralbäder usw.

Das folgende Anekdote in der oben angeführten Reihe ist durch vernünftige Abhärtung zu rechter Zeit leichter zu verhüten, als nachträglich zu heilen. Wird die Schleimhaut des Kehlkopfes auffallend blutig oder entzündlich, so pflegt sie allmählig immer mehr Flüssigkeit abzugeben, das Kennzeichen des Katarths. Kann jene Flüssigkeit nicht besetzt werden und wird sie fest, so entzieht die Gefahr der häufigen Bräune. Wird aber das Schleimhautgewebe brandig zerstört, so liegt Diphtheritis vor. Die Bräune befällt hauptsächlich Kinder von zwei bis höchstens zehn Jahren und ihre Dauer überschreitet selten acht Tage. Ihr Hauptkennzeichen besteht eben in jener Ausdehnung der Schleimhaut, die den Luftröhrenkanal zu verengen und Erstickengefahr herbeizuführen vermag. Sie meldet sich durch einen eigenthümlich kräuselnden Hustentouren an, dessen Erscheinung die schleimige Hülse des Arztes nötig macht. Während die Bräune nicht ansteckend ist, kann der Ansteckungsstoff der Diphtheritis sowohl unmittelbar durch den Kranken als durch Personen und Gegenstände, die mit ihm in Berührung kamen, leicht übertragen werden. Er besteht aus einem kleinen, fortpflanzungsfähigen Pilze, der an flüssigen und festen Gegenständen haftet und bei seiner Vagabundiertheit noch nach Wochen und Monaten sich verbreiten kann. Nach kurzer Zeit erscheinen dann auf der Schleimhaut des Schlundes und der Mandeln weißliche Flecken, die sich bald in häufiger Form auflösen pflegen; sie lassen sich aber, als charakteristisches Zeichen der Diphtheritis, nicht wegwischen, und hinterlassen bei gewaltsamer Entfernung eine wunde Stelle. Sieh selbst überlassen, zerfallen sie, hinterlassen Geschwüre von sehr üblem Geruch und können schon nach einigen Tagen den Tod durch Ersticken herbeiführen. Nicht viel weniger lästig, ja oft noch schmerzhafter als die eben besprochenen, häufig genug das Leben bedrohenden Uebel, die als Vorbote wie im Gefolge des Winters aufzutreten pflegen, ist der Nachenkatarth oder die Halsentzündung. Die Krankheit entsteht ebenfalls durch Entzündung der Mandeln oder des Zäpfchens und überzieht deren Schleimhaut mit weißen zähen Schleimflecken, die einen schmerzenden Hustenreiz hervorrufen. Wie bei allen Katarthen, ist es besonders hier im Interesse des Kranken geboten, den Hustenreiz so nachdrücklich wie möglich zu bekämpfen und durch geeignete Vorbeugungsmittel — Vermeidung angefüllter, schlecht ventilirter Räume, Vermeidung von Tabak und Alkohol — nöthigenfalls durch raschen Temperaturwechsel seinen Uebergang in den chronischen Zustand zu verhindern, da dieser unter Umständen leicht gefährliche Formen annehmen kann. Es ist deshalb auch, wenn die Entzündung nicht nach einigen Tagen weicht, die Hinzuziehung des Arztes unerlässlich.

Außer diesen schweren Formen der Erkrankung der Athmungsorgane, die vornehmlich der Winter mit seinen kaum zu vermeidenden Temperaturschwankungen zwischen Haus und Straße, der unreinen Luft in den Wohnungen oder in den Theatern, Konzerten usw. mit sich bringt, werden wir um diese Jahreszeit auch von milderen, sozusagen alltäglichen Formen geplagt; vor allem von Katarth und Erkältungen. Beides ist durchaus nicht dasselbe. Stubenhocker, starke Raucher, Liebhaber kalter Getränke usw. züchten

sich häufig einen Katarth an, ohne daß man von Erkältung sprechen kann. Dagegen pflegt sich die Letztere mit Schüttelfröhen, Fieber, Schwindelanfällen usw. anzukündigen, ohne daß ein Katarth damit verbunden zu sein braucht. Einen häufigen Anlaß zu Erkältungen bilden z. B. nasse Füße, weshalb man vor Allem für tüchtige Fußbekleidung und fleißigen Wechsel von Schuhen und Strümpfen Sorge trage. Ferner kann nicht genug die Wichtigkeit der Angewöhnung betont werden, Tag und Nacht nur mit geschlossenen Lippen zu atmen, hat doch die Nase die doppelte Aufgabe, durch Filtration die Athmungsluft von einem großen Theil gesundheitswidriger Stoffe zu befreien und sie zugleich auf eine für das Körperinnere erträgliche Temperatur vorzuwärmen. Auch auf die Wahl der Kleidung wird häufig zu wenig Gewicht gelegt. Schon die Farbe spielt eine wichtige Rolle; während die Sonnenstrahlen von hellen Gegenständen aufgenommen und zur Erzeugung von Wärme verbraucht. Der Unterschied ist so bedeutend, daß Schwarz doppelt so viel Wärme-Einheiten aufweist als Weiß. Die Kleidung soll aber den Körper auch nicht gegen die Außenluft abschließen, sondern so weit durchlässig sein, um die Verdunstung der wässrigen und zum Theil giftigen Ausscheidungen unseres Körpers zu erleichtern. Deshalb vermeide man nicht nur allzu reichliche, sondern auch alle dichten, glatt gearbeiteten Stoffe in Unter- und Oberkleidung. Man ermöglicht es dadurch dem Körper, sich den unvermeidlichen Temperaturschwankungen anzupassen und damit Erkältungen zu vermeiden. Einem einmal ausgebrochenen Katarth oder Schnupfen gegenüber ist, wie die „Köln. Ztg.“ bemerkt, die altherkömmliche Behandlungsweise mit sachgemäßer Anwendung von Wärme, heißen Getränken usw. zur Beförderung eines reichlichen Schweißausbruchs immer noch wirksamer als die gepriesenen narzotischen Mittel. In hartnäckigen Fällen handelt es sich gewöhnlich um eine allzugroße Empfindlichkeit der Schleimhäute, die durch Mangel an körperlicher Abhärtung die Anpassungsfähigkeit an den Uebergang der verschiedenen Jahreszeiten mit dem damit verbundenen Wechsel von Temperatur, Licht, Luftinhalt usw. verloren haben. Veiläufig wird nach einem sog. Abhärtungsversuch durch kaltes Wasser mit darauffolgender gründlich vorgenommener Abreibung eine so mächtige Ableitung von den inneren Organen zu Stande kommen, daß sich diese Prozedur bei einer schon entwickelten Erkältungskrankheit oft noch als heilsam erweist. Für eine wirkliche Abhärtung ist damit aber nichts gewonnen. Eine solche, die man übrigens besser dem Sommer oder dem Herbst vorbehält, muß vielmehr, mit geringen Unterschieden anfangend, verschiedene Temperaturen nacheinander auf den Körper einwirken lassen, ohne nachfolgende Abreibung, und nicht allein durch Wasser, sondern auch durch Luft.

Literarisches.

Robert Seibel: „Die Hausarbeit, der Grund- und Gekstein der harmonischen Bildung und Erziehung“. Leipzig, Verlag von Mich. Lipinski, Reudnigerstr. 11. Preis 50 \mathcal{M} . Der Verfasser will die von Frobel glücklich für den Kindergarten eingeführte Handarbeit nach pädagogisch betriebenen Grundfängen auch in den Schulunterricht eingeführt wissen. Selbst Pädagoge, verlangt Seibel also völlige Umgestaltung der Jugenderziehung. Das Werkchen dürfte deshalb bei jedem Familienvater und Lehrer freudige Aufnahme finden. In demselben Verlage sind unter dem Gemeintitel: „Bibliothek des praktischen Wissens“ folgende von tüchtigen Fachleuten geschriebene gemeinnützliche Bücher erschienen: Manfred Wittich, Die Kunst der Rede. M. 1. Hermann Bilz, Das Ehe- und Familienrecht. 75 \mathcal{M} . Das Vormundschaftsrecht. 75 \mathcal{M} . Das Erbrecht und die Testamente. 75 \mathcal{M} . Das Recht des unehelichen Kindes und die Ansprüche der Kindsmütter. 75 \mathcal{M} . Rechte und Pflichten des Miethers. 20 \mathcal{M} .

Von dem Sozialdemokratischen Reichstags-Bandbuch von Max Schippel, das die Buchhandlung Vorwärts in Berlin in Wochenheften zu 20 \mathcal{M} herausgibt, liegen jetzt zehn Hefte vor. In den letzten Heften wird nach den Bergarbeitern die Materie der Berufsstatistik, des Bimetallismus, des Arbeiterzuges in der Winternachtsfahrt, der Branntweinsteuer und besonders der Buechbriefe usw. behandelt. Wir empfehlen unseren Lesern dringend dieses Lehrbuch der politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse.

Im selben Verlage erscheinen die „Freien Stunden“, auf die wir schon wiederholt aufmerksam gemacht haben. Jetzt liegt der neueste Halbjahresband dieser sehr empfehlenswerthen Romanbibliothek vor. Derselbe enthält den prächtigen Roman Isländischer von Loti und den 2. Theil des Dickens'schen Meister-Romans Dombey und Sohn, nebst einer Novelle von Schweichel: Gesetz und Recht. Wenn man die Halbjahresbände vor sich hat, steht man erst, welche werthvolle literarischen Schätze diese Romanbibliothek dem Arbeiter bietet und wie künstlerisch empfunden und durchgeführt die Federzeichnungen sind, mit denen der Münchener Maler Damberger den Dickens'schen Roman illustriert hat. Der billige Preis (im Original-Leinenband M. 3,50, Halbfranz M. 4) empfiehlt diese je 620 Seiten starken illustrierten Bände besonders. Für den nächsten Halbjahresband kündigt der Verlag die Romane an: Der Bastard von C. Spindler (dem Verfasser des „Tuben“) und Im Banne der Dämonen von M. Gorki, dem berühmten russischen Dichter.

Im selben Verlage erschien ferner: „Gedichte für das Volk“ von Karl Hendell in billiger Ausgabe mit Illustrationen von Fibus. Die Arbeiter, welche die Einzelausgaben der Hendell'schen Dichtungen ihres Preises wegen nicht kaufen können, erhalten hier seine besten sozialen und lyrischen Gedichte in vom Dichter selbst bestimmter Auswahl zu billigem Preise. (30 \mathcal{M} für das 78 Seiten starke Bändchen.) Wir empfehlen dies Gift jedem Arbeiter, besonders aber zu Deklamationen an Arbeiterfesten u. dergl.

Ernst Brezang: „Lieder eines Arbeitslosen“, Selbstverlag, Rahnsdorf bei Berlin. Preis 20 \mathcal{M} . In dieser Sammlung handelt es sich um eine Kunststrichung, die nur selten gelbt wird und die für Durchschnittdichter auch gar zu schwer sein dürfte. Unser Dichter besingt nicht den Arbeitslosen, sondern dieser selbst bietet seine Lieder, er schildert selbst Erlebtes.

In dem ersten Gedicht „Abschied“ scheidet unser Held von seinen Arbeitskollegen in einer Weise, wie sie allerdings nicht immer vorkommen dürfte. Er tröstet sie, daß gerade er Feierabend bekommen hat. Daß ist der im Geheimen gemäßigtere Führer! Im zweiten Gedichte erfahren wir die Eindrücke und Gefühle des Arbeitslosen vom ersten Tage seiner „Freiheit“. Im dritten Gedichte wird er bis zum Galgenhumor verstimmt über die „Worte“, womit man ihn bei dem Umschauen abweist. Er kommt zu seiner lachenden „Gret“, über deren heitere Mut der düstere Mann im vierten Gedichte sich Notizen macht. Durch diese Begegnung aufgumunert, sucht er wiederum — ich weiß nicht, wie viel Wochen — „Arbeit“ und er will bei dem emigen Strah auf, Strah ab nicht so leicht bezagen. Doch dumpf hallt ein Fluch am Abend des fünften Gedichts. Mittlerweile drängt sich die „Frau Sorge“ in seine kleine Stube, mit der er im sechsten Gedichte ringt, ohne sie loszuwerden. Zwei brennende Tränen der emsig mit der Nadel schaffenden Gret verrathen im siebenten Gedichte, ihr Schatz ist „krank“. Nun kommt „Mein Arzt“. Seine Gesundheitsregeln zeigen, daß der Herr die Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit nicht kennt, beim Fortgehen verordnet er kräftige Speisen. Der Patient wiederholt das Vernommene, seine Aufzählung im ersten Gedichte gestaltet sich zu bitterem Galgenhumor. „Auf den Arbeitsnachweis“ ist unser Held oft gegangen, er hat dieses Ähnl der vergeblichen Hoffnung gut kennen gelernt und im neunten Gedichte eingehend charakterisiert. Eingeschrieben waren noch hundertdreißig, noch hundert vor ihm! Nachts kommt ihm „Ein Traum“. Nachdem er ausgeschlafen, fahrt er den „Entschluß“, den Ort zu verlassen. Das erste Gedichte ist der Sammlung „Letzter Abend“, der Seelenschmerz, den der Abschied von Gret verursacht.

Auf den ersten Blick sieht dieser Arbeitslose unserem Dichter gänzlich ähnlich. Er singt seine Lieder zwar in ebenso schönem Versmaß, wie unser Dichter, aber er bringt nicht wie dieser zum Herzen, er bleibt für Dritte kalt. Seine Lieder reichen nur aus für Jene, die den Gedanken und den Herzschlag der Waffen belauschen wollen. Bei genauerem Hinsehen erkennt man jedoch den modernen, aufgeklärten Arbeiter, der die Arbeitslosigkeit eingesehen hat, mit der breiten Schilderung seines Glends Mitleid zu erwecken und Abhilfe zu erzielen. Er hat es erfahren, die scharfsinnigsten Deduktionen über sein Glend bleiben Worte, die leichter einen Steinwurf erwecken, als einen hartnäckigen Arbeiter zum Erbarmen veranlassen können. Er hat auch die Meinung abgestreift, wonach man den deutschen Arbeitern erst noch beweisen muß, daß sie in einer schlechten Lage sind. Genug, wir fühlen uns mit diesem Arbeitslosen ein Herz und eine Seele, wie mit dem Agitator des Precsang, wenn er singt:

Kein Wunder, kein ätherisch Wesen,
Nicht eines Jahres erster Tag
Wird thallos eure Fesseln lösen
Mit jähem, urgemalt'gem Schlag.
Ulmäßig hämmert Brett auf Bretter
Zur Brücke sich der Pionier —
Thut so wie er; denn euer Netter
Ist niemand anders als wie ihr!

Wir wünschen der Gedichtsammlung, aber auch der darin vertretenen Kunststrichtung, den besten Erfolg und möchten sie unseren Lesern zur Anschaffung auf's Wärmste empfehlen.

A. B.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalverbände resp. Vertrauensmänner bei. **Königswusterhausen.** Die Anzeige betreffend Generalversammlung bringen wir nicht zum Abdruck, weil aus derselben nicht hervorgeht, wann und wo die Versammlung stattfinden soll. **Niedorf.** Die Anzeige für die am 7. Februar stattfindende Versammlung bringen wir erst in Nr. 5.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungsanzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Ahrensböck.** Sonntag, den 12. Januar.
- Arheilgen.** Dienstag, den 7. Januar.
- Bergen auf Rügen.** Sonntag, den 12. Januar, Nachmittags 3 Uhr, in der Herberge.
- Barmen.** Sonntag, 12. Januar, bei Thiel, Parlamentstr. 5.
- Brandenburg.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, in der Herberge, Wollenweberstraße.
- Celle.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr.
- Darmstadt.** Montag, den 6. Januar, Abends 8 Uhr, in Kramer's Bierhallen, Dieburgerstraße.
- Düsseldorf.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Bergerstr. 8.
- Durlach.** Sonntag, den 12. Januar, im Gasthause „Zum Schwan“.
- Ellrich.** Sonnabend, den 11. Januar.
- Elmsborn.** Sonntag, den 12. Januar.
- Erlangen.** Sonntag, den 12. Januar, Nachm. 3 Uhr.
- Emmendingen.** Donnerstag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Simmerhalle“.
- Esleben.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, bei Herrmann, Lindenstr. 5.
- Frankfurt a. M.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Stolzestr. 13.
- Frankfurt a. d. O.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, im „Vormärts“, Breitestraße.
- Freiberg i. S.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, im Hübler's Restaurant, Gerbergasse 2.
- Friedrichshagen.** Dienstag, den 7. Januar, bei Mag Lerche, „Bürgeräle“.
- Fürth.** Sonntag, den 12. Januar, Nachmittags 3 Uhr, bei Bick, Wassergasse 13.
- Göppingen.** Sonnabend, den 11. Januar, in der Geißinger Bierhalle, Karlsstraße.
- Görlitz.** Mittwoch, den 8. Januar.
- Göttingen.** Montag, den 6. Januar, bei Wwe. Achilles, Neustadt 29.
- Grasdorf.** Sonntag, den 12. Januar, im Verbandshause 76.
- Grünberg.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 7 Uhr, bei Hamel, „Im goldenen Frieden“.
- Guben.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 5 Uhr, im Restaurant „Zur Friedensallee“.

- Grandenz.** Sonntag, den 12. Januar, bei Kowalkowski, Langestr. 16.
- Halle a. d. S.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, bei Streicher, „Gasthaus zu den drei Königen“.
- Hamburg.** Donnerstag, den 9. Januar, Abends 8½ Uhr, in der „Festungshalle“, Gänsenmarkt.
- Hannover.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Neuestr. 27.
- Harburg.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 8½ Uhr, bei Lüffenshoop, 1. Bergstr. 7.
- Hohendodeleben.** Sonntag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, bei D. Sigtus.
- Hildesheim.** Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, bei Niehe.
- Jena.** Freitag, den 10. Januar, Abends 7 Uhr, im Restaurant „Roll“.
- Jümenau.** Dienstag, den 7. Januar.
- Juchoe.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr.
- Karlruhe.** Sonntag, den 12. Januar, Vormittags 10 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstr. 58.
- Kostheim.** Sonntag, den 12. Januar, Mittags von 12—2 Uhr, Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme der Beiträge im Verkehrslokal, Mainfortstr. 2.
- Königsberg i. Pr.** Montag, den 6. Januar, Abends 6½ Uhr, in der „Hühnerhalle“.
- Langensalza.** Dienstag, den 7. Januar, Abends.
- Langenbielau.** Mittwoch, den 8. Januar, in Neubielau, „Im goldenen Frieden“.
- Langendobbach.** Samstag, den 11. Januar, beim Gastwirth Göbel.
- Lehe-Geestemünde.** Sonntag, den 12. Januar, bei Friede in Geestemünde.
- Lehmin.** Sonntag, den 12. Januar, Nachm. 2 Uhr, bei Bölle in Schwina.
- Lemgo.** Montag, den 6. Januar, bei Trieloff, Mittelstr. 16/17.
- Linden.** Dienstag, den 7. Januar, bei Korte, Pavillonstr. 2.
- Ludwigshafen.** Samstag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, bei Beuch, Friesenheimerstr. 67.
- Liegnitz.** Freitag, den 10. Januar.
- Leipzig-Gohlis.** Sonnabend, den 11. Januar, Abends im Restaurant „Zur Morgenröthe“.
- Magdeburg.** Dienstag, den 7. Januar, bei Müller, Tischler-krugstraße.
- Mannheim.** Samstag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zum weißen Lamm“.
- Mülheim a. Rh.** Sonntag, 12. Januar, Vorm. 11 Uhr, bei Meier, Deuserstraße.
- Oberstedt.** Sonntag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, bei Hirschfeld.
- Oldesloe.** Dienstag, den 7. Januar, bei Wwe. Schlüter.
- Plauenscher Grund.** Dienstag, den 7. Januar, Abends im Hauptold's Restaurant zu Deuben.
- Pasewalk.** Sonntag, den 12. Januar, Nachm. 2 Uhr, bei Herrn Schweizer.
- Peine.** Sonnabend, den 11. Januar, bei F. Schuhmacher.
- Quedlinburg.** Sonnabend, den 11. Januar, im Restaurant „Vorwärts“.
- Ribnitz.** Sonntag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr.
- Schwelm.** Sonnabend, den 11. Januar, im Verbandslokal bei Böbing.
- Schwerin.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr.
- Spremberg.** Mittwoch, den 8. Januar, bei Paul, Zebitzstraße.
- Strasburg i. Elz.** Sonntag, den 12. Januar, Vorm. 10 Uhr, in „Stadt Metz“, Krutenau.
- Sommerfeld.** Dienstag, den 7. Januar, im Gasthose „Zur Krone“.
- Tilsit.** Sonntag, den 12. Januar, im Verbandslokal, Fabrikstraße 49.
- Wedel.** Dienstag, den 7. Januar.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, bei Heilmann in Bant.
- Wittenberg.** Dienstag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum großen Kurfürst“.
- Wismar.** Montag, den 6. Januar, in der „Gansa“.
- Wittau.** Sonnabend, den 11. Januar, Abends 6 Uhr, im Bürgergarten, Hofplatz 21.
- Zuffenhausen.** Samstag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, bei Haist „Zum Kirchthal“.

Anzeigen.

Zahlstelle Blebrich a. Rh.
Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale „Zum Kaiser Adolf“.
T.-D.: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.
[90 ₤] Der Vorstand.

Zahlstelle Bremen.
Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr, in Schildknecht's Etablissement, Düsterstraße 1:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Jahresbericht vom Kartell. 4. Jahresbericht des Bibliothekars. 5. a) Vorstandswahl, b) Wahl der Kartelldelegierten, c) Wahl des Bibliothekars. 6. Verschiedenes.
Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
[M. 1,30] Der Vorstand.

Zahlstelle Dortmund.
Am Sonntag, den 5. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Mühlhausen, 1. Kampstr. 73:
Mitglieder-Versammlung.
T.-D.: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
[90 ₤] Der Vorstand.

Zahlstelle Schwiebus.
Sonntag, den 12. Januar, Nachmittags 4 Uhr:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten.
[90 ₤] Der Vorstand.

Zahlstelle Zehdenick und Umg.
Sonntag, den 5. Januar:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
beim Kameraden Wegener, Templinerstr. 17 c.
T.-D.: Kassenbericht vom Jahre 1901. Vorstandswahl. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kameraden ist dringend notwendig.
[90 ₤] Der Vorstand.

Weihnachts-Ausnahmepreis.
Mit. 10 gegen Kaffe
(sonst Mit. 15) alle einlaufenden Bestellungen auf den
Praktischen Zimmermann
von Baumeister J. Brunnig.
Neueste Ausgabe 1901, 559 Seiten stark, 834 Abbildungen und mehrere bunte Tafeln.

Umsonst
zugegeben werden
zwei prächtige Hausmodelle.
Ausnahmsweise setze ich auch den Preis bei Ratenzahlungen auf Mit. 12 herab: Bedingungen M. 6 Anzahlung, 1. Februar und 1. März je M. 3.

Zimmerleute,
die sich fortbilden wollen oder ein über das ganze Gewerbe zuverlässiges Hand- und Nachschlagebuch brauchen, finden in dem Buch **Vortreffliches.**
Arthur Gasch, Gewerbebuchhandlung,
Leipzig, jetzt Burgstr. 25.

J. Blume & Co.,
Hamburg.

Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-ledernen und Manchester Arbeits-Artikel u. Isländer Jacken.

! Muster und Preiskourant gratis.

J. Blume & Co.,
Hamburg.

Zimmerer Deutschlands! Isländer, prima, 2 B schwer, M. 6, Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50, 5 Paar M. 20, echt schwarze Sammethose M. 10, prima Lederhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ B schwer) M. 4,80, braune Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6, Sorte III M. 4,50, echte schwarze Sammetweste (Perlmutterknöpfe) à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21, versendet überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie Preisliste.
Emil Hohfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2—4.
Versandhaus für Zimmerleute und Maurer.

Weltberühmte Hamburger Spezial-Artikel
für
Maurer u. Zimmerer.
Beste
Arbeitsgarderoben.
Prima Isländer.
Vers. franco g. Nachn.
Preisliste gratis.
Louis Mosberg,
Bielefeld,
nur 44 Breitestr. 44,
Papenmarkt-Gde.

Arbeitsgarderoben
bester
Fabrikate u
Gegründet
1868.
Hamburger
Special-
Artikel
mit der Wasserwaage
Eingetr. Schutzmarke

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.